

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/8000**

### **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/8000 – in folgender Fassung zuzustimmen:

**„Gesetz über die Feststellung  
des Staatshaushaltsplans von  
Baden-Württemberg für die  
Haushaltsjahre 2025/2026  
(Staatshaushaltsgesetz 2025/2026  
– StHG 2025/2026)**

§ 1

*Feststellung des Staatshaushaltsplans*

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg wird in Einnahme und Ausgabe festgestellt:

1. für das Haushaltsjahr 2025 auf 66 500 032 000 Euro,
2. für das Haushaltsjahr 2026 auf 68 912 721 300 Euro.

§ 2

*(weggefallen)*

§ 3

*Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen*

(1) Die Besetzung von Planstellen mit teilzeitbeschäftigten planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern ist wie folgt zulässig:

1. Eine Planstelle darf auch mit zwei zu je 50 Prozent teilzeitbeschäftigten oder, soweit nach dem Landesbeamtengesetz (LBG) zulässig, mit drei zu je mindestens 30 Prozent außerhalb von § 69 Absatz 3 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Personen besetzt werden; bei unterhältiger Teilzeit darf die Gesamt-

arbeitszeit der drei Personen die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von einer Vollzeitkraft nicht überschreiten. Zwei Planstellen dürfen auch mit drei, drei Planstellen mit vier teilzeitbeschäftigten Personen besetzt werden; dabei darf die Gesamtarbeitszeit dieser drei beziehungsweise vier Personen die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von zwei beziehungsweise drei Vollzeitkräften nicht übersteigen.

2. Abweichend von Nummer 1 darf eine Planstelle auch mit zwei, dürfen zwei Planstellen mit drei und drei Planstellen mit vier nach § 69 Absatz 3 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern besetzt werden; dabei sind für den Umfang der von diesen Personen besetzten Planstellen weiterhin die Verhältnisse vor Antritt der Elternzeit nach der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) maßgebend.
3. Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, denen aufgrund von
  - a) § 70 LBG und § 7c des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes (LRiStAG) als Schwerbehinderten Altersteilzeit bewilligt ist, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 60 Prozent als besetzt; zudem kann aus der Planstelle der Zuschlag nach § 69 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg (LBesGBW) und erforderlichenfalls ein Ausgleich nach § 70 LBesGBW gezahlt werden;
  - b) Artikel 62 § 4 Satz 1 Nummer 3 des Dienstrechtsreformgesetzes als Schwerbehinderten Altersteilzeit bewilligt ist, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 Prozent als besetzt; zudem kann aus der Planstelle der Zuschlag nach § 101 Absatz 7 LBesGBW gezahlt werden.

Die Buchstaben a) und b) gelten auch, wenn die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freistellungsphase aufgeteilt wird (Blockmodell); in diesem Fall sind während der Arbeitsphase weitere 40 Prozent der Stelle gesperrt und dürfen in dieser Zeit auch nicht anderweitig in Anspruch genommen werden. Wird teilzeitbeschäftigten schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern Altersteilzeit gewährt, sind die vorstehenden Regelungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass der Umfang der für die Bemessung der Altersteilzeit maßgebenden bisherigen Arbeitszeit zugrunde zu legen ist.

4. In den Fällen von unterhältiger Teilzeitbeschäftigung nach § 69 Absatz 3 LBG dürfen sich ergebende freie Stellenbruchteile für die Beschäftigung von Beamtinnen und Beamten im Eingangsamts beziehungsweise Richterinnen und Richtern auf Probe genutzt werden; dabei können die freien Stellenbruchteile von bis zu vier Planstellen zusammengerechnet werden. Nummer 1 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.

Die Regelungen des Satzes 1 Nummer 1 bis 4 gelten nicht für die Kapitel 0405 bis 0428.

Für die in den Stellenübersichten ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 428 01) gilt Satz 1 Nummer 1 entsprechend. Für diese Stellen kann das Finanzministerium bei Altersteilzeitarbeit nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit vom 10. August 2012 weitere Ausnahmen zur Inanspruchnahme von Stellenbruchteilen zulassen. Wird die Altersteilzeitarbeit in eine Arbeits- und eine Freistellungsphase aufgeteilt (Blockmodell), kann das Finanzministerium ferner zulassen, dass während der Arbeitsphase kostenmäßig nicht in Anspruch genommene Stellenanteile in die Freistellungsphase übertragen und besetzbaren Stellenanteilen hinzugerechnet werden.

(2) Besteht für Planstellen von Beamtinnen und Beamten, die sich in Elternzeit befinden, ein unabweisbares Bedürfnis für die Neubesetzung, willigt das Finanzministerium allgemein je Einzelplan – mit Ausnahme der Kapitel 0405 bis 0428 – ein, dass im Vollzug durch die personalverwaltende Dienststelle für die Dauer der Elternzeit für die betroffenen Planstellen Leerstellen der entsprechenden Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ geschaffen werden können. Die Schaffung der Leerstellen ist auf Fälle beschränkt, bei denen auf der freiwerdenden Planstelle Beamtinnen und Beamte im Eingangsamts oder im ersten Beförderungsamts geführt werden. Aus den Leerstellen darf nur das Mutterschaftsgeld nach § 39 AzUVO bezahlt werden. § 50 Absatz 5 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) gilt entsprechend.

(3) Beamtinnen und Beamte auf Planstellen außerhalb der Kapitel 0405 bis 0428, die aufgrund einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gemäß den §§ 71 bis 74 LBG bereits auf einer Leerstelle geführt werden und deren Beurlaubung nach den §§ 71 bis 74 LBG zum unmittelbaren Wechsel in die Elternzeit nach der AzUVO beendet wird, können während der Elternzeit weiterhin auf der Leerstelle für die Beurlaubung nach den §§ 71 bis 74 LBG geführt werden.

(4) Für die bei Titel 421 01 ausgebrachten Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister, der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, bei Kapitel 0105 und 1701 jeweils bei Titel 421 02 ausgebrachten Amtsbezüge sowie für die in den Stellenplänen und Stellenübersichten bei den Titeln 422 01, 422 03, 428 01 bewilligten Stellen dürfen Ausgaben aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung auch über die Haushaltsansätze hinaus geleistet werden. Dies gilt

1. für die Leistungen nach § 10 des Ministergesetzes,
2. für die Besoldungsbezüge der Beamtinnen und Beamten und der Richterinnen und Richter nach § 1 Absatz 2 und 3 LBesGBW sowie für Bezüge nach § 23 Absatz 4

Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg und nach § 14 Absatz 1 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, jeweils mit Ausnahme der Zulagen und Vergütungen, die nicht in festen Monatsbeträgen festgelegt sind,

3. für die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der Teile der Entgelte, die in den Erläuterungen zu dem Titel 428 01 nicht besonders aufgeführt sind,
4. für die Vergütung der außertariflich Beschäftigten, die sich nach Besoldungs- oder Tarifrecht richtet,
5. für die durch den Haushaltsplan oder durch Richtlinien festgelegten Aufwandsentschädigungen in festen Monatsbeträgen,
6. für die Unterhaltsbeihilfen an Auszubildende in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen gemäß § 88 LBesGBW.

Insoweit geleistete Mehrausgaben sind bei den Titeln 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01, in den Kapiteln 0105 und 1701 bei Titel 421 02, im Kapitel 0306 bei den Titeln 422 01B und 428 01B sowie im Kapitel 0508 bei den Titeln 422 75 und 428 75 als planmäßige Ausgaben zu behandeln. Ausgenommen von Satz 3 sind in den Bereichen der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Titel gemäß § 6a Absatz 2. Die Sätze 3 und 4 gelten auch für Mehrausgaben aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung, die dadurch entstehen, dass Stellen nach Maßgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Finanzministeriums zur Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (VV-LHO) mit Bediensteten in vergleichbaren oder niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppen besetzt werden. Der Gesamtbetrag der Personalmehrausgaben ist in der Landeshaushaltsrechnung anzugeben; für die Feststellung der Mehrausgaben am Ende des Haushaltsjahres sind die Titel 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01, in den Kapiteln 0105 sowie 1701 der Titel 421 02, im Kapitel 0306 die Titel 422 01B und 428 01B sowie im Kapitel 0508 die Titel 422 75 und 428 75 gegenseitig deckungsfähig. Kapitel 1212 Titel 461 01, Entnahmen aus Rücklagen nach § 42a LHO und bei Kapitel 1212 Titel 359 01 können zur Deckung der Mehrausgaben herangezogen werden.

Für Leistungsbezüge an Beamtinnen und Beamte in Ämtern der Landesbesoldungsordnung W bleibt Absatz 7 unberührt.

(5) Eine dienstunfähige Person, die zur Vermeidung einer Versetzung in den Ruhestand bei einer anderen Verwaltung im Landesdienst weiterverwendet wird, kann abweichend von § 49 Absatz 1 LHO auch auf einer Planstelle in einer niedrigeren Besoldungsgruppe ihrer Laufbahn oder einer anderen Laufbahn ihrer Laufbahngruppe

oder auf einer anderen Stelle in einer Entgeltgruppe, die als derselben Laufbahngruppe zugehörig anzusehen ist, geführt werden. Wird eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit erneut berufen, gilt Satz 1 bis zum Freiwerden einer ihrem beziehungsweise seinem Amt entsprechenden Planstelle.

(6) Beamtinnen und Beamte mit begrenzter Dienstfähigkeit gemäß § 27 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) sind nach dem Umfang der gemäß § 27 Absatz 2 Satz 1 BeamStG herabgesetzten Arbeitszeit auf einer ihrem Amt entsprechenden Planstelle zu führen. Von § 8 Absatz 1 LBesGBW abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 9 LBesGBW in Verbindung mit § 72 LBesGBW bleiben bei der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. Danach freie Planstellenanteile können im Rahmen des Absatzes 1 besetzt werden.

(7) Für die Zahlung von Leistungsbezügen sowie von Forschungs- und Lehrzulagen gilt:

1. Aus den Mitteln bei den Kapiteln 0317, 0504, 1403, 1426 bis 1433, 1441 bis 1444, 1446 bis 1450, 1453, 1455 bis 1464 und 1470 bis 1477 jeweils Titel 422 01 und 428 01, Kapitel 1410 Titel 682 01 und 682 97A, Kapitel 1412 Titel 682 01, 682 96A und 682 97A, Kapitel 1414 Titel 682 01, Kapitel 1415 Titel 682 01 und 682 97, Kapitel 1417 Titel 682 94A und 682 95, den Kapiteln 1418 bis 1420 jeweils Titel 682 01, Kapitel 1421 Titel 682 01 und 682 97 und den Kapiteln 1440, 1445, 1451, 1454 und 1468 jeweils Titel 682 01 werden auch die Leistungsbezüge nach dem LBesGBW in Verbindung mit der Leistungsbezügeverordnung (LBVO) gezahlt.

Der Vergaberahmen für Leistungsbezüge erhöht sich gemäß § 39 Absatz 7 LBesGBW nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums und des jeweiligen Fachressorts um Einsparungen aus der vorübergehenden Nichtbesetzung von besetzbaren Stellen für Professorinnen und Professoren bei den Titeln 422 01, 428 01, 682 01, 682 94, 682 95, 682 96A, 682 97 und 682 97A.

Das Fachressort prüft die Abrechnung der Besoldungsausgaben und stellt die für die Leistungsbezüge zweckgebundenen, nicht verausgabten Mittel im Einvernehmen mit dem Finanzministerium fest.

Soweit nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Regelungen für innerhalb des Vergaberahmens nicht verausgabte Leistungsbezüge Mittel übertragen werden müssen, wird zentral für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums bei Kapitel 1403 Titel 422 01 ein Ausgabereferat gebildet.

Die Ausgabeermächtigung bei den Kapiteln 1426 bis 1433, 1441 bis 1444, 1446 bis 1450, 1453, 1455 bis 1464 und 1470 bis 1477 jeweils Titel 422 01 und

- 428 01 erhöht sich um die Einnahmen für Leistungsbezüge nach § 39 Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 LBesGBW bei den Kapiteln 1426 bis 1433, 1441 bis 1444, 1446 bis 1450, 1453, 1455 bis 1464 jeweils Titel 281 92 und den Kapiteln 1470 bis 1477 jeweils Titel 282 84.
2. Nummer 1 Satz 1, 3 und 4 gilt entsprechend für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren hinsichtlich der Zulage gemäß § 59 LBesGBW.
  3. Nummer 1 Satz 5 gilt entsprechend für die Forschungs- und Lehrzulage nach § 60 LBesGBW und Funktionszulagen nach § 61 LBesGBW.
  4. Abweichend von § 7 Absatz 2 LBVO werden die jeweiligen Vergaberahmenreste des Jahres 2021 der beim Wissenschaftsministerium ressortierenden Hochschulen einmalig um den Betrag gekürzt, der das jeweilige Verfügungsvolumen der Hochschule zur Vergabe von Leistungsbezügen im Haushaltsjahr 2021 übersteigt. Das Verfügungsvolumen, das im Haushaltsjahr 2021 zur Vergabe von Leistungsbezügen zur Verfügung stand, berechnet sich aus dem Gesamtverfügungsvolumen der Hochschule nach § 7 Absatz 1 LBVO zuzüglich der Mittelschöpfungsbeträge, die nach § 39 Absatz 7 Satz 3 LBesGBW zur Verstärkung des Vergaberahmens aus unbesetzten Planstellen herangezogen wurden und abzüglich der angefallenen Besoldungsausgaben nach § 39 Absatz 4 LBesGBW ohne Berücksichtigung der Dienstbezüge nach § 1 Absatz 2 Nummer 2 LBesGBW (Leistungsbezüge). Der zu kürzende Betrag wird jeweils zur Hälfte im Rahmen der Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2023 und der Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2024 in Abgang gestellt.
  5. Abweichend von § 59 Absatz 1 Satz 4 LBesGBW werden die an den Hochschulen jeweils für Zulagen zur Verfügung stehenden Haushaltsreste des Jahres 2021 einmalig um 50 Prozent gekürzt. Der zu kürzende Betrag wird jeweils zur Hälfte im Rahmen der Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2023 und der Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2024 in Abgang gestellt.
- (8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen Planstellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die Personalausgaben (bei Planstellen grundsätzlich einschließlich Versorgungszuschlag und Beihilfe) vollständig von dritter Seite (im Rahmen des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder je zur Hälfte vom Bund und der Hochschule) erstattet werden und die Hochschulen gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber nach Auslaufen der Ausgabenerstattung auf freie Stellen ihres Stellenplanes beziehungsweise ihrer Stellenübersichten übernommen werden können. Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ auszubringen.
- (9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Exzellenzuniversitäten Planstellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die Personalausgaben (bei Planstellen grundsätzlich einschließlich Versorgungszuschlag und Beihilfe) vollständig aus den Mitteln der Exzellenzstrategie erstattet werden und die Hochschulen gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber bei einem etwaigen Auslaufen der Finanzierung auf freie Stellen ihres Stellenplanes beziehungsweise ihrer Stellenübersicht übernommen werden. Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ auszubringen.
- (10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen mit Planstellen der Besoldungsgruppe W 1 (Professorin als Juniorprofessorin oder Professor als Juniorprofessor) im Rahmen von Berufungsverfahren nach § 48 Absatz 1 Satz 4 des Landeshochschulgesetzes (LHG) befristet Planstellen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 sowie entsprechend vergütete Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die entstehenden Mehrausgaben vollständig von dritter Seite erstattet oder innerhalb des entsprechenden Hochschulkapitels im Einzelplan 14 gedeckt werden.
- Die Hochschulen haben ebenfalls zu gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber spätestens sechs Jahre nach der Bewilligung auf freie Stellen ihres Stellenplanes oder ihrer Stellenübersicht übernommen werden können. Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit entsprechendem Haushaltsvermerk „künftig wegfallend“ zu veranschlagen; sie dürfen zusammen 5 Prozent der insgesamt ausgebrachten Planstellen der Besoldungsgruppe W 1 nicht überschreiten. Stellen, die durch Inanspruchnahme einer nach Satz 1 bewilligten Stelle frei werden, sind bis zur Übernahme der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers auf eine freie Stelle des Stellenplanes oder der Stellenübersicht gesperrt.
- (11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) im Stellenplan der Großforschungsaufgabe Planstellen der Besoldungsgruppe W 1 (Professorin als Juniorprofessorin am KIT als Hochschullehrerin nach § 14 KIT-Gesetz [KITG] oder Professor als Juniorprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 KITG) sowie der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 (Universitätsprofessorin am KIT als Hochschullehrerin nach § 14 KITG oder Universitätsprofessor am KIT als Hochschullehrer nach § 14 KITG) zu schaffen, sofern die materiellen Voraussetzungen des KITG vorliegen. Die Stellenschaffung bedarf der Zustimmung des Wissenschaftsministeriums, die nur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erteilt werden darf. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn ein Antrag des KIT über das Wissen-

schaftsministerium beim Finanzministerium eingereicht wird und das Einvernehmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vorliegt.

(12) Auf Ersatzkräfte, deren Weiterbeschäftigung aus dienstlichen Gründen dringend notwendig ist und die aus arbeitsrechtlichen Gründen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden müssen, kann ausnahmsweise auch Verwaltungsvorschrift Nummer 4 zu § 49 LHO angewendet werden. Dies gilt für insgesamt bis zu zehn Einzelfälle im Bereich des Nichtvollzugsdienstes der Polizei. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Ersatzkräfte für die Weiterbeschäftigung auf freien Stellen oder, soweit dies nicht möglich ist, auf Stellen geführt werden, die für laufende Bezüge an die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber nicht benötigt werden.

(13) Soweit schulorganisatorische Maßnahmen im Sinne von § 30 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg zu einer höheren besoldungsrechtlichen Einstufung der Leitungämter und der stellvertretenden Leitungämter an Schulen führen oder erstmals die Stellen der Schulleitung und ihrer Stellvertretung zu besetzen sind, gelten nach Abstimmung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium die entsprechenden Planstellen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu dem Schuljahresbeginn als geschaffen, ab dem die schulorganisatorische Maßnahme jeweils genehmigt wird. Die hierbei freiwerdenden Planstellen für die Schulleitung und ihre Stellvertretung sind in Planstellen des jeweiligen Eingangsamts der betroffenen Laufbahnen, soweit erforderlich mit Bezugsvermerk, umzuwandeln. Die Änderungen sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen. Die Finanzierung der hieraus entstehenden Mehrausgaben wird durch Einsparungen innerhalb der Schulkapitel des Einzelplans 04 nachgewiesen.

(14) Landesbetriebe nach § 26 LHO, denen nach § 6 Absatz 7 die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO übertragen wurde, können die im Rahmen der dezentralen Finanzverantwortung erwirtschafteten Mittel zur Vergabe von Leistungsprämien gemäß § 76 LBesGBW verwenden. In entsprechender Anwendung von § 76 LBesGBW können außertarifliche Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte vergeben werden. Satz 1 gilt auch für Hochschulen, deren Wirtschaftsführung gemäß § 13 Absatz 4 LHG nach den Grundsätzen des § 26 LHO erfolgt.

(15) In der Zeit, in der die Mittel besetzter Planstellen für laufende monatliche Besoldungsbezüge der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers nicht benötigt werden, können bei Abordnungen aus dringenden dienstlichen Gründen Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Eingangsamts als Ersatzkräfte innerhalb desselben Kapitels zusätzlich geführt werden.

(16) Die Stelle einer oder eines Freigestellten wird während der Gesamtdauer der Teilzeitbeschäftigung gemäß

§ 69 Absatz 5 LBG beziehungsweise nach einer Einzelvereinbarung im Sinne des § 10 Absatz 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Höhe des Unterschieds zwischen dem belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil vor Antritt der Teilzeitbeschäftigung gesperrt. Dies dient dem Ausgleich für die Beschäftigung einer zeitlich befristeten Vertretung während der Freistellungsphase. Diese Regelung gilt nicht für Kapitel 0405 bis 0428 und die Bereiche der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 sowie der Landesbetriebe nach § 26 LHO, für die § 6a Absatz 10 gilt.

(17) § 50 Absatz 5 und 6 LHO gelten für andere Stellen als Planstellen entsprechend. Das Finanzministerium wird ermächtigt, sofern die Voraussetzungen von § 50 Absatz 5 LHO vorliegen, Leerstellen der entsprechenden Entgeltgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu schaffen.

(18) Sind im Vollzug aufgrund anderer rechtlicher Bestimmungen Beamtinnen und Beamte, Richterinnen oder Richter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von 24 Monaten als im Staatshaushalt bewilligt. Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare Stellen einzuweisen. Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; § 50 Absatz 5 und 6 LHO sind entsprechend anzuwenden.

(19) § 49 LHO gilt entsprechend für Beförderungen auf Leerstellen, wenn auf einer Leerstelle geführte Beamtinnen und Beamte während der Elternzeit, einer Zuweisung oder einer Beurlaubung unter Beachtung des Leistungsprinzips im Auswahlverfahren für eine Beförderung auf einer freien besetzbaren Planstelle ausgewählt werden und der Beförderungszeitpunkt bei ihrer bisherigen Verwaltung innerhalb von zwei Jahren nach Antritt der Elternzeit, Zuweisung oder Beurlaubung liegt. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Wertigkeit der Leerstelle anzupassen.

(20) In Umsetzung eines Tarifabschlusses zum TV-L wird das Finanzministerium ermächtigt, soweit sich eine andere Eingruppierung ergibt, Stellen oder Planstellen zu streichen und in gleicher Anzahl höherwertige Stellen zu schaffen. Hierzu sind dem Finanzministerium entsprechende Anträge vorzulegen. Die insoweit geschaffenen Stellen gelten als planmäßig.

(21) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Umsetzung von schulorganisatorischen Maßnahmen in Folge eines Zusammenschlusses von Hauptschulen oder Werkrealschulen mit einer Realschule zu einer Verbundschule oder in Folge einer Kooperation einer Ge-

meinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe und einer eine gymnasiale Oberstufe führenden Schule (Oberstufenverband) erforderliche Schaffung und Umschichtung von Planstellen und anderer Stellen vorzunehmen. In gleicher Zahl der Stellenschaffungen entfallen ab diesem Zeitpunkt bislang veranschlagte niederwertigere Planstellen und andere Stellen. Eine Erhöhung der Anzahl der Planstellen und anderer Stellen in den Kapiteln 0405 bis 0428 ist durch diese Ermächtigung ausgeschlossen. Voraussetzung für die Schaffung und Umschichtung der Planstellen ist, dass die den Stellenveränderungen zugrundeliegenden Ämter entsprechend in der Landesbesoldungsordnung A gesetzlich festgelegt sind oder gemäß § 93 LBesGBW bewertet wurden. Die insoweit geschaffenen Stellen gelten als planmäßig. Die im Rahmen dieser Ermächtigung vorgenommenen Stellenveränderungen sind im nächsten Staatshaushaltsplan abzubilden. Die Finanzierung der entstehenden Mehrausgaben erfolgt aus Kapitel 1212 Titel 461 01.

(22) Soweit für Lehrkräfte, die an einer Ersatzschule beschäftigt werden sollen, trotz der damit verbundenen Versorgungsverpflichtungen des Landes ein unabwendbares Bedürfnis für eine Beurlaubung besteht, wird das Kultusministerium ermächtigt, die notwendigen Leerstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu schaffen. Voraussetzung ist, dass die im Haushaltsplan in den Schulkapiteln des Einzelplans 04 vorhandenen freien Stellen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung im öffentlichen Schuldienst benötigt werden, die bei Kapitel 0435 ausgebrachten Leerstellen dafür nicht ausreichen sowie der Bedarf an Leerstellen unvorhergesehen ist. Über den Verbleib der Leerstellen wird im nächsten Haushalt entschieden. Vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung ist die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags einzuholen.

#### § 4

##### *Kreditaufnahme*

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 1 021 876 300 Euro und im Haushaltjahr 2026 bis zur Höhe von 296 148 800 Euro Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen.

(2) Die Kreditermächtigung des Absatzes 1 erhöht sich um die Beträge, die in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 zur Tilgung von Krediten erforderlich sind. Sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Anschlussfinanzierung von vorzeitig getilgten Darlehen notwendig sind.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im laufenden Haushaltsjahr im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten und des übernächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von jeweils vier Prozent des in § 1 für das laufende Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite

sind auf die Kreditermächtigung des nächsten beziehungsweise übernächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Der Bestand der Vereinbarungen nach § 18 Absatz 11 LHO darf höchstens 25 Prozent der Kreditmarktschulden am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres zuzüglich 25 Prozent der für Anschlussfinanzierungen im Finanzplanungszeitraum fällig werdenden Tilgungen betragen. Vereinbarungen, deren Zinsänderungsrisiko durch ein Gegengeschäft aufgelöst ist, sind auf diesen Höchstbetrag nicht anzurechnen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen von Vereinbarungen nach § 18 Absatz 11 LHO auch Besicherungsverträge abzuschließen und insoweit Sicherheiten zu stellen oder entgegenzunehmen. Kassenverstärkungskredite, die für die Stellung von Sicherheiten notwendig werden, bleiben bei der Bestimmung der Auslastung der Ermächtigung nach § 4 Absatz 6 Satz 1 unberücksichtigt.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel Kassenverstärkungskredite bis zu sechs Prozent des in § 1 für das jeweilige Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Über den sich danach ergebenden Betrag hinaus kann das Finanzministerium im einzelnen Haushaltsjahr weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht.

(7) Mehrausgaben, die bei Kapitel 1206 Titelgruppe 86 geleistet werden, sind bei den einzelnen Titeln als planmäßige Ausgaben zu behandeln.

(8) Das durch § 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 geschaffene Sondervermögen Baden-Württemberg 21 dient der Abdeckung von finanziellen Verpflichtungen aus den Finanzierungsverträgen bezüglich der Landesbeteiligung an

1. der Planung und dem Bau des Projekts Stuttgart 21, dem Digitalen Knoten Stuttgart und der Planung und dem Bau von Projekten des Schienenknotens Stuttgart 2040, wobei auch Bundesmittel aus dem Sondervermögen vorfinanziert werden dürfen,
2. den Mehrkosten für den menschen- und umweltgerechten viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn,
3. den Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur und
4. den durch die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) entstehenden Mehrkosten für das Land bei GVFG-Vorhaben der SPNV-Infrastruktur,

soweit diese Ausgaben nicht aus den für das jeweilige Projekt bei Kap. 1303 Titelgruppen 78 und 99, Titel 891 86B, 891 86C, 891 86D, 883 93B, 891 93B und 892 93B etatisierten Haushaltsmitteln abgedeckt sind.

Die laufenden Zuführungen zugunsten des Sondervermögens sind bei Kapitel 1212 Titel 919 03 und Kapitel 1303 Titel 919 78 veranschlagt. Sonderzuführungen zu den oben genannten Einzelmaßnahmen sind in Kapitel 1303 Titel 919 78, Titel 891 86B, 891 86C und 891 86D veranschlagt. Zur Sicherung und Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs kann eine Entnahme aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 zugunsten der Titelgruppe 92 bei Kapitel 1303 erfolgen.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zweckbestimmte, den Haushalt durchlaufende Darlehen vor allem aus Mitteln des Bundes in Höhe der dem Land hierfür zur Verfügung gestellten Beträge aufzunehmen.

(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Maßnahmen zur Energieeinsparung in bestehenden Gebäuden Vorfinanzierungen bis zur Höhe von 8 000 000 Euro jährlich in Anspruch zu nehmen, wenn die entstehenden Kosten einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand aus den erwarteten Energieeinsparungen innerhalb eines Zeitraums von höchstens zwanzig Jahren getragen werden können und die Verzinsung nicht über der für vergleichbare Kreditmarktdarlehen liegt.

(11) Das Finanzministerium ist verpflichtet, im Haushaltsjahr 2025 Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 208 954 700 Euro und im Haushaltjahr 2026 in Höhe von 214 457 300 Euro zu tilgen.

## § 5

### *Gewährleistungen*

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 bis zur Höhe von jeweils insgesamt 500 000 000 Euro zu übernehmen, wenn hierfür ein vordringliches Bedürfnis besteht.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zugunsten der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH, des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, der Garantie Portfolio Baden-Württemberg GmbH & Co. KG, der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH, der NECKARPRI GmbH und der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 in Höhe von jeweils insgesamt 500 000 000 Euro;
2. für Finanzierungen von Baumaßnahmen, die objektbezogen ratenweise vom Land bezahlt werden, in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils bis zur Höhe von 75 000 000 Euro;

3. zugunsten der NECKARPRI GmbH, die – mittelbar über die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH – für das Land die Anteile an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hält, in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils bis zur Höhe von 1 300 000 000 Euro zuzüglich Zinsen. Soweit die Inanspruchnahme der Garantiermächtigung im Haushaltsjahr 2025 erfolgt, vermindert sich die Garantiermächtigung für das Haushaltsjahr 2026 in entsprechender Höhe;

4. zugunsten der Landesmesse Stuttgart GmbH & Co. KG, der Flughafen Stuttgart GmbH sowie der SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 in Höhe von jeweils insgesamt 250 000 000 Euro.

5. zugunsten der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 jeweils bis zur Höhe von 170 000 000 Euro.

6. zugunsten der NECKARPRI GmbH zum Zweck der Beteiligung an einer Kapitalerhöhung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG bis zu jeweils insgesamt 3 000 000 000 Euro zuzüglich Zinsen in den Haushaltsjahren 2025 und 2026. Soweit die Inanspruchnahme der Garantiermächtigung im Haushaltsjahr 2025 erfolgt, vermindert sich die Garantiermächtigung für das Haushaltsjahr 2026 in entsprechender Höhe.

7. zugunsten der NECKARPRI GmbH oder eines mit ihr im Sinne des § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmens bis zu jeweils insgesamt 3 000 000 000 Euro in den Haushaltsjahren 2025 und 2026. Soweit die Inanspruchnahme der Garantiermächtigung im Haushaltsjahr 2025 erfolgt, vermindert sich die Garantiermächtigung für das Haushaltsjahr 2026 in entsprechender Höhe;

- (3) Das Verkehrsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 Garantien bis zur Gesamthöhe von 10 400 000 000 Euro zu übernehmen, mit denen es für die ordnungsgemäße Leistung des Schuldendienstes Dritter oder der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg gegenüber dem Finanzierer der Schienenfahrzeuge sowie gegenüber dem Finanzierer von Werkstätten zur Instandhaltung der Schienenfahrzeuge der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg einsteht (Kapitaldienstgarantie). Soweit die Inanspruchnahme der Garantiermächtigung aufgrund des Zuschlags für die Nachbestellung von 26 Doppelstockfahrzeugen noch im Haushaltsjahr 2024 erfolgt, vermindert sich die vorstehende Garantiermächtigung in entsprechender Höhe. Die vorstehenden Garantiermächtigungen vermindern sich auch, soweit die Vergabe der Verkehrsleistungen ohne eine Garantieübernahme

erfolgt. Die Laufzeit der Kapitaldienstgarantien darf jeweils höchstens 28 Jahre betragen.

(4) Das Wissenschaftsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zugunsten der staatlichen Museen, der Stiftung Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe, der Stiftung Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim und der Stiftung Akademie Schloss Solitude die Haftung des Landes für den Untergang oder die Beschädigung von Leihgaben für Ausstellungen zu garantieren, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Verleihers oder seines Erfüllungsgehilfen vorliegen. Bei einer Versicherungssumme über 5 000 000 Euro pro Leihgabe ist vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung die Zustimmung des Wissenschaftsausschusses des Landtags einzuholen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zugunsten der nicht rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg die Haftung des Landes für den Untergang oder die Beschädigung von Leihgaben für Ausstellungen zu garantieren, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Verleihers oder seines Erfüllungsgehilfen vorliegen. Bei einer Garantiesumme von über 5 000 000 Euro pro Leihgabe ist vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags einzuholen.

(6) Das Finanzministerium und das Umweltministerium werden ermächtigt, im Rahmen der unentgeltlichen Übertragung von Flurstücken der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe die nach dem Haushaltsrecht des Bundes auferlegenden Verpflichtungen zu übernehmen.

(7) Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für die Absicherung von Verbandskrediten von Wohnungseigentümergeinschaften gegenüber der Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) nach Maßgabe des jeweils geltenden Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg zur Finanzierung von energetischen Sanierungen und barrierearmen oder barrierefreien Modernisierungen des Wohnungsbestands sowie für die Nutzung erneuerbarer Energien und für die Absicherung von Krediten zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen gegenüber der L-Bank nach Maßgabe des jeweils geltenden Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg bis zur Höhe von insgesamt 100 000 000 Euro in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 zu übernehmen, sowie für die Absicherung von Krediten im Rahmen der Förderung von Wohnungsgenossenschaften hinsichtlich der Schaffung neuen sozialgebundenen Mietwohnraums nach Maßgabe des jeweils geltenden Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 bis zur Höhe von insgesamt jeweils 10 000 000 Euro unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu übernehmen.

(8) Vor der Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen sowie vor der Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismus und von Darlehen ist die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses des Landtags erforderlich, wenn diese Finanzhilfe 500 000 Euro oder mehr beträgt. Der Zustimmung bedarf es nicht,

1. wenn der Empfänger der Finanzhilfe im Staatshaushaltsplan genannt ist,
2. bei der Gewährung von Finanzhilfen nach Satz 1 an Körperschaften des öffentlichen Rechts außerhalb der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismus,
3. bei der Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nach Absatz 2 bis 7,
4. bei der Änderung von Finanzhilfen; die Erhöhung des Betrags einer Finanzhilfe sowie die Verlängerung der Laufzeit ist zustimmungspflichtig.

Finanzhilfen nach Satz 2 Nummer 2 und 3 sind dem Finanzausschuss des Landtags nach Abschluss des Haushaltsjahres mitzuteilen. Dem Finanzausschuss ist ferner über die nach Satz 1 geleisteten Finanzhilfen halbjährlich eine Übersicht zu geben, die mindestens den Empfänger, die Höhe sowie Art und Zweck der jeweiligen Finanzhilfe ausweist.

(9) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen nach den Absätzen 1 bis 7 können auch in ausländischer Währung übernommen werden. Sie sind auf der Basis des vor Ausfertigung der Urkunde zuletzt ermittelten Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank auf den Höchstbetrag der Ermächtigung anzurechnen.

(10) Die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 7 für das Haushaltsjahr 2026 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2027 nicht vor dem 1. Januar 2027 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes. Gewährleistungen, die aufgrund der weiter geltenden Ermächtigungen im Haushaltsjahr 2027 übernommen werden, sind auf die Ermächtigungen nach dem Staatshaushaltsgesetz 2027 nicht anzurechnen.

#### § 5a

##### *Rangrücktritt*

Das Umweltministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium das Zurücktreten der Forderungen, die im Rahmen des Schadensfalls Böblingen aufgrund von Geothermiebohrungen im südlichen Hebungsgebiet gegen die Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft bestehen, gegenüber den Schadenersatzforderungen privater Grundstückseigentümer zu erklären.

## § 6

*Deckungsfähigkeiten, dezentrale Finanzverantwortung;  
Hochschulfinanzierungsvereinbarung III*

(1) Im Sinne von § 20 Absatz 1 LHO sind

1. einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig je für sich

a) die Ausgaben innerhalb der Titelgruppe 62, der Titel 422 07, 422 16, 431 01, 431 02, 432 01, 432 02, 432 08, 432 11, 441 01, 443 02, 446 01 und 446 21 sowie im Kapitel 1210 die Titelgruppe 75 und im Kapitel 1212 Titel 441 02, 441 03, 441 04 und Titel 461 01;

b) im Einvernehmen der beteiligten Ministerien die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 69, ausgenommen die Einzelpläne 01, 11, 16, 17 sowie die Kapitel 0310, 0436, 0439, 1424 und 1425;

2. innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 69, ausgenommen Kapitel 0310, 0436 und 0439 sowie 1424 und 1425;

3. innerhalb des jeweiligen Einzelplans je für sich und gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben des Titels 525 21 und der Titelgruppe 68 sowie einseitig deckungsfähig die Ausgaben des Titels 525 69 zugunsten der Ausgaben des Titels 525 21 und der Titelgruppe 68;

4. im Zuge der dezentralen Finanzverantwortung innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 01 bis 11, 13 und 16 bis 18 ohne das Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kapitel ...02) sowie innerhalb der Kapitel 1401, 1424, 1425, 1469 und 1495 – alle Einzelpläne beziehungsweise Kapitel ohne Titelgruppen 63 und 69 – gegenseitig deckungsfähig je für sich

a) die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Gruppe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich die Ausgaben der Titel der Gruppen 427 und 685;

b) die Ausgaben der Obergruppe 81;

5. im Zuge der dezentralen Finanzverantwortung innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 01 bis 11, 13 und 16 bis 18, ohne Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kapitel ...02) sowie innerhalb der Kapitel 1401, 1424, 1425, 1469 und 1495 – alle Einzelpläne beziehungsweise Kapitel ohne Titelgruppen 63 und 69 – einseitig deckungsfähig je für sich

a) die Ausgaben der Obergruppe 81 zugunsten der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Grup-

pe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich zugunsten der Titel der Gruppen 427 und 685 bis zu 50 Prozent des Titelansatzes;

b) die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Gruppe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich die Ausgaben der Titel der Gruppen 427 und 685 zugunsten der Obergruppe 81 und der Titelgruppe 69.

Ausgenommen von der Deckungsfähigkeit gemäß Satz 1 Nummer 4 und 5 sind Kapitel 0310 ohne Titelgruppen 74, 76, 77 und 78, Kapitel 0315 Titelgruppe 70, Kapitel 0318 Titelgruppen 71 und 75, Kapitel 0405 Titelgruppe 71, bei den Kapiteln 0405, 0408 und 0418 Titelgruppe 82, bei den Kapiteln 0405, 0408, 0410, 0416, 0418, 0420 und 0428 Titelgruppen 80 und 84, bei Kapitel 0430 Titelgruppen 80, 81, 82, 83, 85, 90, 91, 92 und 93, bei Kapitel 0436 Titelgruppe 84, Kapitel 0460, bei Kapitel 0439 Titelgruppen 69, 80, 91 und 92, Kapitel 0465 Titelgruppe 72, Kapitel 0508 Titel 537 09 und 685 75, Kapitel 0521; Kapitel 0607 Titelgruppen, 75, 76 und 77, Kapitel 0703 Titel 429 78, Kapitel 0707 Titel 534 01, Kapitel 0708 Titelgruppen 79 und 86, Kapitel 0710, Kapitel 0804, Kapitel 0810 Titelgruppe 78, bei den Kapiteln 0809, 0810, 0812, 0817, 0823, 0827, 0835 Titelgruppe 79, Kapitel 0826 Titelgruppe 68, Kapitel 0913 Titel 534 01 und 534 02, Titelgruppe 68 sowie Titelgruppe 73, Kapitel 0918 Titelgruppen 72, 75, 78, Kapitel 0919 Titel 534 01, 534 02 und Titel 685 75, Kapitel 0922 Titelgruppe 68 und Titel 685 76, Kapitel 1007 Titelgruppe 87, Kapitel 1008 Titelgruppe 79, Kapitel 1011 Titel 526 11 und Titelgruppe 70, Kapitel 1012 Titelgruppe 79, Kapitel 1303 Titelgruppe 78, Kapitel 1701 Titel 537 09, Kapitel 1803 Titel 547 75, Kapitel 1804 Titelgruppe 76 und Kapitel 1806 Titel 534 75 und Ausgabentitel zur Bewirtschaftung von zweckgebundenen Einnahmen sowie Ansätze, die dem Kommunalen Investitionsfonds, dem Kommunalen Finanzausgleich, dem Wettmittelfonds gemäß § 11 oder den Spielbankerträgen gemäß § 12 entnommen sind. Soweit im Haushaltsplan durch Vermerke nach § 20 Absatz 1 LHO hiervon abweichende Regelungen getroffen sind, bleiben diese unberührt.

(2) Für die Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO. Diese Ausgabentitel werden gemäß § 7a Absatz 2 in Verbindung mit § 19 Satz 2 LHO für übertragbar erklärt. Die bei diesen Titeln anfallenden, unverbrauchten, übertragbaren Bewilligungen (Ausgabereste), die über den Betrag der am Ende des Jahres nicht freigegebenen Globalsteuerungsreserve gemäß Absatz 3 hinausgehen, werden bis zu einem Betrag von 30 Prozent der Haushaltsansätze der Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2

bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 nicht nach § 10 Absatz 2 in Abgang gestellt. Maßgeblich sind dabei die Haushaltsansätze im Jahr der Restebildung im jeweiligen Einzelplan. Die darüberhinausgehenden Ausgabereste werden grundsätzlich automatisch nach § 10 Absatz 2 in Abgang gestellt. Die automatische Inabgangstellung erfolgt nicht, soweit im jeweiligen Einzelplan die Summe aller Ausgabereste gemäß § 6 auf Rechtsverpflichtungen im Sinne von § 45 Absatz 3 Satz 2 LHO beruhen und diese Verpflichtungen nicht aus der Summe der jeweiligen Haushaltsansätze des Folgejahres finanziert werden können. Die Begrenzung der zeitlichen Verfügbarkeit der Ausgabereste nach § 45 Absatz 2 LHO bleibt unberührt.

(3) 15 Prozent der Haushaltsansätze der Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 bilden eine Globalsteuerungsreserve gemäß § 7a Absatz 5 LHO. Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen des Haushaltsvollzugs die Mittel entsprechend der Haushaltsentwicklung während des Jahres freizugeben.

(4) Aus im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b einzelplanübergreifend umgeschichteten übertragbaren Mitteln können unbeschadet des § 45 Absatz 2 Satz 1 LHO bei dem von der Mittelumschichtung begünstigten Titel Ausgabereste gebildet werden, soweit dies zur Erfüllung von am Ende des Haushaltsjahres bestehenden Rechtsverpflichtungen notwendig ist.

(5) Bei den Titeln 441 01 und 446 01 werden die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der beihilfeberechtigten Personen für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen von den Ausgaben abgesetzt.

(6) Die Deckungsfähigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 und die Regelungen zur Globalsteuerungsreserve gemäß Absatz 3 gelten in den Bereichen der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 jeweils ohne die Titel der Gruppe 429 und ohne Titel 427 51, 428 06 und 428 51.

(7) Für Landesbetriebe nach § 26 LHO gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO.

(8) Die Erwirtschaftung von einzelplanspezifischen globalen Minderausgaben kann mit Einwilligung des Finanzministeriums in besonders begründeten Ausnahmefällen durch einen anderen Einzelplan erfolgen, sofern die betroffenen Ressorts eingewilligt haben.

(9) Die Landesregierung wird ermächtigt, den Hochschulen und Medizinischen Fakultäten durch Abschluss einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung III für die Haushaltsjahre 2026 bis 2030 Planungssicherheit auf der Grundlage der Haushaltsansätze 2025 zuzusichern. Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Wissenschaftsministerium die zur Umsetzung einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung III im Haus-

haltsjahr 2026 notwendigen Kapitel, Titel, Haushaltsvermerke, Einnahme-, Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen zu schaffen. Das Gleiche gilt für die Schaffung und Umschichtung von Planstellen und anderen Stellen. Die im Rahmen der Ermächtigungen vorgenommenen Änderungen des Haushaltsplans gelten als planmäßig.

## § 6a

### *Personalausgabenbudgetierung*

(1) In den Kapiteln 0201, 0204, 0301 (ohne die Stellen des Polizeivollzugsdienstes), 0304, 0305, 0306, 0307 (Kapitel 0304 bis 0307 ohne die Stellen der Landesbetriebe, Kapitel 0306 ohne die Stellen der Forstdirektion), 0308, 0310, 0312, 0319, 0401, 0501, 0503, 0505, 0506, 0507, 0508, 0509, 0601, 0607, 0608, 0618, 0701, 0801, 0812, 0826, 0831, 0835, 0901, 0913, 1001, 1005, 1006, 1008, 1101, 1301, 1304, 1401, 1424, 1425, 1469, 1701, 1801 werden die Personalausgaben budgetiert.

(2) Das Personalausgabenbudget umfasst die Ausgaben der Obergruppen 42 und 45 ohne Gruppe 421, Titel 422 03, 422 16, 427 02, 427 52, 427 53, 459 01, 459 52, 459 53 und Titel in Titelgruppen. Für die einbezogenen Ausgabentitel gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO.

(3) Zur Verstärkung aufgrund von Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie damit einhergehender Einmal- und Sonderzahlungen können zu Lasten von Kapitel 1212 Titel 461 01 mit Einwilligung des Finanzministeriums Mittel innerhalb des Personalausgabenbudgets über die Titel 422 01 und 428 01 des jeweiligen Einzelplans umgesetzt werden. Bei Stellenumsetzungen in ein oder aus einem Kapitel gemäß Absatz 1 erhöhen oder vermindern sich mit Einwilligung des Finanzministeriums die Ansätze der betreffenden Personaltitel in den Personalausgabenbudgets sowie gegebenenfalls in den korrespondierenden, nicht in Absatz 1 enthaltenen Kapiteln entsprechend.

(4) Im Sinne von § 20 Absatz 1 LHO sind

1. die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben untereinander uneingeschränkt deckungsfähig;
2. die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben einseitig uneingeschränkt deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, des Titels 671 02 und der Obergruppe 81; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Gruppen 526 und 529, der Titel 536 01, 536 02, 546 51 und der Titel in Titelgruppen mit Ausnahme der Titelgruppe 68;
3. die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 zugunsten der in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben mit der Einschränkung deckungsfähig, dass

keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Gruppen 526 und 529, der Titel 536 01, 536 02 und 546 51 und der Titel in Titelgruppen mit Ausnahme der Titelgruppe 68;

4. die Ausgaben der Obergruppe 81 zugunsten der einbezogenen Personalausgaben bis zu 50 Prozent mit der Einschränkung deckungsfähig, dass keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Titel in Titelgruppen.

Ausgenommen von der Deckungsfähigkeit gemäß Satz 1 Nummer 2 bis 4 sind die Kapitel 0901 und 0913. § 6 bleibt unberührt.

(5) Die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben werden gemäß § 7a Absatz 2 Nummer 2 LHO in Verbindung mit § 19 Satz 2 LHO für übertragbar erklärt.

(6) Eine Überschreitung des Personalausgabenbudgets ist zulässig. Der Ausgleich hat im nächsten Haushaltsjahr zu erfolgen. In begründeten Ausnahmefällen kann mit Einwilligung des Finanzministeriums der Ausgleich im übernächsten Jahr erfolgen. Eine drohende Budgetüberschreitung ist dem Finanzministerium unverzüglich anzuzeigen.

(7) Im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der vorstehenden Flexibilisierungen gelten folgende weitere Flexibilisierungen bei der Stellenbewirtschaftung:

1. Bei der Besetzung von Stellen mit teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann von § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4 sowie Satz 3 abgewichen werden; die den Beschäftigungszeiten entsprechenden Stellen und Stellenbruchteile dürfen zusammengefasst die Gesamtzahl der in den Stellenplänen und Stellenübersichten für die Dienststellen veranschlagten Stellen nicht um mehr als 10 Prozent überschreiten.
2. Im Vorgriff auf das innerhalb der nächsten 24 Monate erfolgende Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers können Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter einer niedrigeren Besoldungsgruppe, sofern sie einen höher bewerteten Dienstposten innehaben, für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten im Wege der Vorab-Beförderung Bezüge aus dem nächsthöheren besoldungsrechtlichen Amt erhalten, höchstens jedoch aus dem besoldungsrechtlichen Amt der ausscheidenden Person. Die einschlägigen beamten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes bleiben unberührt.

3. Aus dringenden dienstlichen Gründen können über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen hinaus für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten zusätzliche Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt werden.

4. Wird gemäß § 69 Absatz 5 LBG oder § 7d LRiStAG beziehungsweise über eine Einzelvereinbarung nach § 10 Absatz 6 TV-L die Ermäßigung der regelmäßigen Arbeitszeit zu einem zusammenhängenden Zeitraum zusammengefasst (Freistellungsjahr), können für die Dauer und in dem Umfang der Freistellung zusätzliche Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter beziehungsweise Tarifbeschäftigte beschäftigt werden.

5. Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber können bei dringendem Bedarf für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten über die im Haushaltsplan dafür ausgewiesenen Stellen hinaus als Beamtinnen und Beamte im Eingangsamt zusätzlich übernommen werden; in besonders begründeten Einzelfällen kann der Zeitraum mit Zustimmung des Finanzministeriums auf bis zu zwölf Monate verlängert werden.

6. Planstellen können innerhalb derselben Laufbahngruppe fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden; andere Stellen können fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die in Anspruch genommene Planstelle beziehungsweise andere Stelle muss mindestens derselben Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe entsprechen.

7. Im Rahmen der gesetzlichen Stellenobergrenzen können Planstellen der Besoldungsgruppe A 10 des gehobenen Dienstes auch für Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes und Planstellen der Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes auch für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes in Anspruch genommen werden.

(8) Nicht in Abgang gestellte Ausgabereste nach Absatz 5 können zur Vergabe von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte gemäß § 76 LBesGBW und in dessen entsprechender Anwendung zur Vergabe von außertariflichen Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte verwendet werden.

(9) Die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 7 Nummer 2 erforderlichen Stellenhebungen mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln“ und die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 7 Nummer 3 bis 5 erforderlichen Stellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ gelten als vorübergehend geschaffen, soweit die Finanzierung im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der nach den Absätzen 4 bis 6 zulässigen Deckung und Übertragbarkeit sichergestellt ist.

(10) Die Flexibilisierungsregelungen des Absatzes 7 gelten auch für Landesbetriebe nach § 26 LHO mit Ausnahme der als Landesbetriebe geführten Hochschulen.

(11) Die Absätze 1 bis 10 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für 2027 nicht vor dem 1. Januar 2027 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes.

#### § 7

##### *Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen*

(1) Der Betrag, bis zu dem nach § 37 Absatz 1 Satz 4 LHO für eine Mehrausgabe kein Nachtragshaushaltsgesetz erforderlich ist, wird auf 7 500 000 Euro im Einzelfall festgesetzt.

(2) § 37 Absatz 1 LHO ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags in überplanmäßige Ausgaben bei Kapitel 0315 Titel 811 01 oder bei Kapitel 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 der betroffenen Einzelpläne über den in Absatz 1 genannten Betrag hinaus einwilligt.

(3) Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen nach § 38 Absatz 1 Satz 2 LHO gilt Absatz 1 entsprechend. Maßgebend ist die Höhe der voraussichtlich kassenwirksam werdenden Jahresbeträge.

(4) § 38 Absatz 1 Satz 2 LHO ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags bei Kapitel 0315 Titel 811 01 oder bei Kapitel 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 der betroffenen Einzelpläne in überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen über den in Absatz 3 genannten Betrag hinaus einwilligt.

(5) Der Betrag für die nach § 37 Absatz 4 LHO dem Landtag jährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen wird auf 100 000 Euro festgesetzt.

(6) Das Finanzministerium hat dem Finanzausschuss des Landtags jährlich die beim Rechnungsabschluss in das jeweils folgende Haushaltsjahr übertragenen Ausgabe-reste mitzuteilen.

#### § 7a

*(weggefallen)*

#### § 7b

##### *Ermächtigung aufgrund der Coronavirus-Pandemie sowie von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen*

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die für die Vereinnahmung von finanziellen Beteiligungen des Bundes oder der EU im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie sowie Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen notwendigen Titel zu schaffen.

(2) Die Ausgabeermächtigung bei Kapitel 1212 Titel 919 01 erhöht sich in Höhe der Einnahmen gemäß Absatz 1.

#### § 8

##### *Vermögensgegenstände und Grundstücke*

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, abweichend von § 63 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 sowie § 64 Absatz 4 Satz 1 LHO

1. landeseigene Grundstücke und Gebäude dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) unentgeltlich zur Nutzung zu überlassen,
2. den Kaufpreis oder den Erbbauzins für landeseigene Grundstücke unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Bestimmungen um höchstens 50 Prozent des Verkehrswertes beziehungsweise um höchstens 50 Prozent des vollen Erbbauzinses zu ermäßigen, wenn diese
  - a) im Wege von wettbewerblichen Verfahren nach der Qualität des Nutzungskonzeptes unter Bewertung des Erfüllungsgrades insbesondere ökologischer, sozialer, wohnungs- und städtebaulicher im jeweiligen Einzelfall festzulegender Kriterien (Konzeptvergaben) veräußert oder an diesen Erbbaurechte bestellt werden oder
  - b) zum Zwecke der sozial orientierten Förderung von Wohnraum abgegeben werden. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

Der Einwilligung oder Unterrichtung des Landtags nach § 64 Absatz 2 LHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

(2) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass von Landesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(3) Auf bei Kapitel 0832 Titel 356 01, Kapitel 1208 Titel 356 08 bis 356 31, 356 51 und 356 71, Kapitel 1209 Titel 356 01 und 356 02, Kapitel 1223 sowie bei Kapi-

tel 1499 Titel 356 01 veranschlagte Entnahmen aus dem Forstgrundstock, dem Allgemeinen Grundstock und dem Unterabschnitt des Allgemeinen Grundstocks Digitalisierung und Mobilität findet § 113 Absatz 2 Satz 1 und 2 LHO keine Anwendung.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abweichung von § 63 Absatz 2 LHO die Veräußerung zur Erfüllung der Aufgaben des Landes weiterhin benötigter Vermögensgegenstände zuzulassen, wenn auf diese Weise die Aufgaben des Landes nachweislich wirtschaftlicher erfüllt werden können. § 64 LHO bleibt unberührt.

(5) Zwischen dem „Sondervermögen Studienfonds“ und dem Land findet kein Kostenersatz statt. § 61 LHO findet keine Anwendung.

(6) Das Sozialministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Verpflichtungen bis zur Höhe von 21 500 000 Euro im Rahmen eines Vertragsabschlusses zur Beschaffung von Impfstoffen einzugehen.

(7) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter, die während des Nationalsozialismus der seinerzeitigen Eigentümerin oder dem seinerzeitigen Eigentümer NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden, an die oder den Berechtigten unentgeltlich überträgt. Dies umfasst auch die Rückgaben aufgrund von Empfehlungen der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich. Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird ferner eine unentgeltliche Übertragung an die oder den Berechtigten oder eine gemeinsame Verwertung unter Teilung des Erlöses zugelassen, wenn das auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zur Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsgerichtsbarkeit für Rückgabestreitigkeiten über NS-Raubgut eingerichtete und urteilende Schiedsgericht einen entsprechenden Schiedsspruch erlässt.

(8) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter und andere Objekte, die aus kolonialen Kontexten stammen und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, insbesondere weil ihre Aneignung in rechtlich oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, den Berechtigten oder an eine geeignete Institution unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(9) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter, welche im Ersten oder im Zweiten

Weltkrieg unrechtmäßig verbracht wurden, an den Staat, dem sie nach Würdigung der Gesamtumstände zuzuordnen sind, oder an den Berechtigten unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(10) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aus dem Ausland stammende Kulturgüter und andere Objekte, die unter Verstoß gegen das jeweilige Landesrecht erworben oder ausgeführt wurden und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, den Berechtigten oder an eine geeignete Institution unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(11) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Land die im Landeseigentum gehaltenen Anteile an der Murgschifferschaft – Waldgenossenschaft altdeutschen Rechts zu einem Kaufpreis auch unterhalb des vollen Wertes an die verbleibenden Anteilseigner der Murgschifferschaft übertragen kann, um die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald zu ermöglichen.

## § 9

### *Umsetzungen*

(1) Zur Erzielung zusätzlicher Einsparungen bei Flächenkosten mit Hilfe der Nutzer durch die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung kann das Finanzministerium zusätzliche Mieteinnahmen bei Kapitel 1209 Titel 124 01 sowie aus Verkaufserlösen abgeleitete kalkulatorische Mieteinsparungen und Einsparungen bei Kapitel 1209 Titel 518 01 und Titel 518 11 jeweils bis zur Hälfte und auf die Dauer von höchstens fünf Jahren der nutzenden Dienststelle für Mehrausgaben überlassen. Die Ausgabeermächtigung der jeweiligen Dienststelle erhöht sich entsprechend. Die entsprechenden Mittel gelten als umgesetzt im Sinne von § 50 Absatz 1 LHO und sind übertragbar. Sie sind von der nutzenden Dienststelle vorrangig für die Fortbildung der Bediensteten sowie zur Verbesserung der Ausstattung insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich zu verwenden. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(2) Zur Erprobung eines finanziellen Anreizsystems im Bereich der Gebäudebewirtschaftung kann das Finanzministerium bei Kapitel 1209 Titel 517 01 und Titel 517 05 erzielte Betriebskosteneinsparungen, die sich aus einem optimierten Nutzerverhalten ergeben, bis zur Hälfte der jeweils nutzenden Dienststelle überlassen. Die Ausgabeermächtigung der jeweiligen Dienststelle erhöht sich entsprechend. Die entsprechenden Mittel gelten als umgesetzt im Sinne von § 50 Absatz 1 LHO. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(3) Zur Umsetzung der Neuordnung der Informationstechnologie des Landes können mit Einwilligung des Finanzministeriums Haushaltsermächtigungen in analoger Anwendung von § 50 Absatz 1 bis 4 LHO innerhalb des jeweiligen Einzelplans sowie zwischen dem jeweiligen Einzelplan und dem Kapitel 0309 ausgabenartübergreifend und unter Anpassung der Zweckbestimmung umgesetzt werden. Entsprechendes gilt für Einnahmen. Die Schaffung zusätzlicher Stellen ist hierbei ausgeschlossen.

#### § 10

##### *Ausgabereste*

Die Landesregierung kann unverbrauchte, übertragbare Bewilligungen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Ausgabereste) in Abgang stellen. Die hiervon betroffenen Bewilligungen gelten insoweit als abgeschlossen. Satz 1 gilt nicht für übertragbare Bewilligungen, bei denen zweckgebundene Einnahmen ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt worden sind. § 6 Absatz 2 und 4 bleibt unberührt.

#### § 11

##### *Verwendung von Mitteln des Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 und 3 des Landesglücksspielgesetzes*

(1) Der Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 und 3 des Landesglücksspielgesetzes (LGlüG) beträgt für das Haushaltsjahr 2025 152 365 400 Euro. Die Mittel des Fonds sind nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans zu 41 Prozent für die Förderung der Kultur, zu 39 Prozent für die Förderung des Sports, zu 12 Prozent für die Förderung sozialer Zwecke, zu 5 Prozent für die Förderung des Naturschutzes und zu 3 Prozent für die Förderung des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes zu verwenden.

(2) Der Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 und 3 des LGlüG beträgt für das Haushaltsjahr 2026 160 365 400 Euro. Die Mittel des Fonds sind nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes zu 40 Prozent für die Förderung der Kultur, zu 37 Prozent für die Förderung des Sports, zu 11 Prozent für die Förderung sozialer Zwecke, zu 8 Prozent für die Förderung des Naturschutzes und zu 4 Prozent für die Förderung des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes zu verwenden.

#### § 12

##### *Verwendung von Erträgen nach § 36 des Landesglücksspielgesetzes*

§ 36 des Landesglücksspielgesetzes ist für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Einnahmen der in § 36 Landesglücksspielgesetz genannten Erträge im Haushaltsjahr 2025 in Höhe von insgesamt bis zu 48 333 000 Euro und im Haushaltsjahr

2026 in Höhe von insgesamt bis zu 48 529 000 Euro für die in § 36 Landesglücksspielgesetz genannten Zwecke nach näherer Bestimmung durch den Staatshaushaltsplan verwendet werden.

#### § 13

##### *Anordnungsermächtigung des Finanzministeriums*

Das Finanzministerium kann die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erlassen.

#### § 14

##### *Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.“

29.11.2024

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Norbert Knopf

Martin Rivoir



## Anlage zum Staatshaushaltsgesetz

## Gesamtplan

## 1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2025

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen				Gesamteinnahmen	Personalausgaben
		Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Schuldenaufnahmen, Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen, bes. Finanzierungsvorgänge		
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
01	Landtag	0,0	105,0	0,0	866,9	971,9	98.785,6
02	Staatsministerium	0,0	1.927,5	1.081,8	95,4	3.104,7	42.666,6
03	Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen	0,0	97.775,8	87.498,5	780,0	186.054,3	3.421.017,3
04	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	0,0	2.619,9	19.075,5	800,0	22.495,4	12.209.162,0
05	Ministerium der Justiz und für Migration	0,0	841.867,5	20.716,4	592,1	863.176,0	1.634.554,0
06	Ministerium für Finanzen	0,0	211.408,3	78.609,8	4.881,3	294.899,4	1.559.321,5
07	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	0,0	1.082,2	107.227,0	0,0	108.309,2	69.315,5
08	Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	3.360,0	12.489,7	79.359,8	191.261,1	286.470,6	370.337,2
09	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration	0,0	6.902,8	185.396,0	0,0	192.298,8	139.380,7
10	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	105.000,0	57.448,5	9.336,1	37.426,5	209.211,1	169.343,5
11	Rechnungshof	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	31.588,8
12	Allgemeine Finanzverwaltung	48.758.333,0	289.295,8	7.589.197,0	4.323.187,7	60.960.013,5	2.527.479,8
13	Ministerium für Verkehr	0,0	809,1	1.387.900,1	50.000,0	1.438.709,2	71.315,4
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	0,0	98.277,6	1.013.871,7	158.757,8	1.270.907,1	1.423.767,0
16	Verfassungsgerichtshof	0,0	20,0	0,0	0,0	20,0	604,7
17	Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	0,0	141,8	0,0	0,0	141,8	5.204,6
18	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen	0,0	3.607,0	315.185,0	344.444,0	663.236,0	26.991,3
	Summe	48.866.693,0	1.625.779,5	10.894.454,7	5.113.092,8	66.500.020,0	23.800.835,5

## Gesamtplan

## Haushaltsübersicht 2025

Ausgaben						2025	Verpflichtungs-	Epl.
Sächliche Verwal- tungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Baumaß- nahmen	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförd- erungsmaßnah- men	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)	ermäch- tigungen	
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
18.444,9	20.357,7	0,0	6.674,5	0,0	144.262,7	-143.290,8	0,0	01
23.275,1	13.608,7	0,0	593,3	-4.279,8	75.863,9	-72.759,2	7.198,0	02
486.764,1	186.547,0	6.831,4	599.441,0	452.796,3	5.153.397,1	-4.967.342,8	763.728,1	03
180.437,0	2.199.986,7	284,6	310.221,8	-151.549,6	14.748.542,5	-14.726.047,1	1.166.823,1	04
899.771,7	1.338.908,8	2.030,0	21.030,4	623,1	3.896.918,0	-3.033.742,0	63.468,6	05
225.359,1	368.574,1	1.000,0	40.064,7	1.916,0	2.196.235,4	-1.901.336,0	159.726,0	06
14.401,2	513.000,2	28,0	51.653,1	-6.834,3	641.563,7	-533.254,5	191.210,0	07
104.267,9	490.157,1	2.200,0	222.025,5	-20.068,6	1.168.919,1	-882.448,5	396.370,0	08
95.228,4	1.868.903,4	0,0	673.080,2	-27.342,4	2.749.250,3	-2.556.951,5	675.279,8	09
113.934,3	250.245,8	187,9	310.755,7	1.290,8	845.758,0	-636.546,9	642.020,0	10
1.810,7	2,0	0,0	30,0	0,0	33.431,5	-33.430,5	0,0	11
2.238.853,0	15.055.750,9	832.797,0	1.911.883,0	1.089.008,0	23.655.771,7	37.304.241,8	1.864.653,7	12
103.834,9	1.933.790,2	241.918,3	504.013,3	-5.417,7	2.849.454,4	-1.410.745,2	17.055.241,9	13
195.718,9	4.902.019,3	716,2	623.159,0	-129.128,9	7.016.251,5	-5.745.344,4	589.061,4	14
111,9	0,0	0,0	6,6	0,0	723,2	-703,2	0,0	16
669,0	0,0	0,0	30,0	0,0	5.903,6	-5.761,8	0,0	17
23.808,8	901.082,3	0,0	376.685,2	-10.782,2	1.317.785,4	-654.549,4	855.297,0	18
4.726.690,9	30.042.934,2	1.087.993,4	5.651.347,3	1.190.230,7	66.500.032,0	-12,0	24.430.077,6	

## Anlage zum Staatshaushaltsgesetz

## Gesamtplan

## 1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2026

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen					Personal- ausgaben
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Schuldenauf- nahmen, Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen, bes. Finanzie- rungsvorgänge	Gesamt- einnahmen	
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
01	Landtag	0,0	105,0	0,0	866,9	971,9	104.754,4
02	Staatsministerium	0,0	1.927,5	1.092,1	96,7	3.116,3	43.088,6
03	Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen	0,0	98.901,6	76.737,7	780,0	176.419,3	3.501.968,9
04	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	0,0	2.806,1	19.075,5	800,0	22.681,6	12.215.003,9
05	Ministerium der Justiz und für Migration	0,0	838.464,9	20.722,9	792,8	859.980,6	1.645.846,1
06	Ministerium für Finanzen	0,0	215.822,8	78.559,8	5.037,9	299.420,5	1.603.807,9
07	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	0,0	1.082,2	107.227,0	0,0	108.309,2	67.985,7
08	Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	3.360,0	12.889,7	79.359,8	189.410,1	285.019,6	367.678,3
09	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration	0,0	6.902,8	189.841,2	0,0	196.744,0	137.593,9
10	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	105.000,0	57.448,5	9.336,1	34.904,9	206.689,5	167.762,5
11	Rechnungshof	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	32.365,2
12	Allgemeine Finanzverwaltung	50.943.529,0	287.947,0	7.799.867,5	4.243.730,8	63.275.074,3	3.279.347,6
13	Ministerium für Verkehr	0,0	809,1	1.437.461,7	50.000,0	1.488.270,8	71.085,2
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	0,0	100.999,6	1.029.314,2	158.251,1	1.288.564,9	1.471.473,4
16	Verfassungsgerichtshof	0,0	20,0	0,0	0,0	20,0	619,5
17	Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	0,0	141,8	0,0	0,0	141,8	5.224,8
18	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen	0,0	3.207,0	289.885,0	408.192,0	701.284,0	27.403,3
	Summe	51.051.889,0	1.629.476,6	11.138.480,5	5.092.863,2	68.912.709,3	24.743.009,2

**Gesamtplan**  
**Haushaltsübersicht 2026**

Ausgaben						2026	Verpflichtungs-	Epl.
						Überschuss (+)	ermäch-	
						Zuschuss (-)	tigungen	
Sächliche Verwal-	Ausgaben für	Baumaß-	Sonstige	Besondere	Gesamt-			
tungsausgaben	Zuweisungen und	nahmen	Ausgaben für	Finanzierungs-	ausgaben			
und Ausgaben	Zuschüsse mit		Investitionen	ausgaben				
für den	Ausnahme für		und					
Schuldendienst	Investitionen		Investitionsförd-					
			erungsmaßnah-					
			men					
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
20.280,8	17.046,0	0,0	9.869,5	0,0	151.950,7	-150.978,8	0,0	01
22.459,8	13.732,9	0,0	593,3	-4.276,5	75.598,1	-72.481,8	5.538,9	02
492.968,3	191.737,3	9.763,8	540.607,6	-37.210,6	4.699.835,3	-4.523.416,0	571.411,6	03
171.923,5	2.236.093,4	2.965,6	332.971,3	-146.959,6	14.811.998,1	-14.789.316,5	891.872,8	04
890.855,7	1.336.406,9	2.030,0	29.915,4	823,8	3.905.877,9	-3.045.897,3	35.930,8	05
232.923,5	365.094,2	1.000,0	40.326,6	1.916,0	2.245.068,2	-1.945.647,7	313.266,8	06
14.320,1	499.775,5	28,0	62.499,2	-6.184,3	638.424,2	-530.115,0	132.100,0	07
102.536,3	495.795,3	1.900,0	242.427,9	-19.890,7	1.190.447,1	-905.427,5	376.610,0	08
91.264,1	1.923.093,7	0,0	659.663,2	-27.342,4	2.784.272,5	-2.587.528,5	320.903,1	09
112.588,9	238.585,0	187,9	335.508,8	1.290,8	855.923,9	-649.234,4	573.492,0	10
1.617,6	2,0	0,0	0,0	0,0	33.984,8	-33.983,8	0,0	11
2.499.168,0	15.526.888,5	1.015.878,9	2.074.828,1	1.796.458,0	26.192.569,1	37.082.505,2	1.516.400,0	12
105.846,9	1.925.355,5	245.286,4	532.170,4	-5.217,7	2.874.526,7	-1.386.255,9	9.957.940,7	13
259.027,0	4.953.879,1	716,2	534.451,5	-128.516,7	7.091.030,5	-5.802.465,6	168.239,7	14
76,9	0,0	0,0	6,6	0,0	703,0	-683,0	0,0	16
554,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5.778,8	-5.637,0	0,0	17
23.478,0	964.193,3	0,0	351.040,0	-11.382,2	1.354.732,4	-653.448,4	851.942,8	18
5.041.889,4	30.687.678,6	1.279.756,8	5.746.879,4	1.413.507,9	68.912.721,3	-12,0	15.715.649,1	

**Gesamtplan****2. Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2025 und 2026**

	2025	2026
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einnahmen		
Gesamteinnahmen	66.500.020,0	68.912.709,3
ab: Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	1.021.876,3	296.148,8
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	347.309,5	613.770,0
Einnahmen aus Überschüssen	3.152.227,3	3.862.150,9
Bereinigte Einnahmen	<u>61.978.606,9</u>	<u>64.140.639,6</u>
Ausgaben		
Gesamtausgaben	66.500.032,0	68.912.721,3
ab: Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	1.664.635,9	1.889.058,0
Deckung von Fehlbeträgen	0,0	0,0
Bereinigte Ausgaben	<u>64.835.396,1</u>	<u>67.023.663,3</u>
Finanzierungssaldo gem. § 13 Abs. 4 LHO	-2.856.789,2	-2.883.023,7

**3. Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026**

	2025	2026
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Einnahmen aus Krediten		
Bruttokreditaufnahme bei Gebietskörperschaften (insbesondere beim Bund), bei Sondervermögen und Zweckverbänden	0,0	0,0
Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt einschließlich bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit	30.099.617,9	26.473.065,8
Summe Bruttoeinnahmen aus Krediten	<u>30.099.617,9</u>	<u>26.473.065,8</u>
Ausgaben zur Schuldentilgung		
Bruttotilgung von Schulden bei Gebietskörperschaften (insbesondere beim Bund), bei Sondervermögen und Zweckverbänden	16.000,0	12.000,0
Bruttotilgung von Schulden am Kreditmarkt einschließlich bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit	29.077.741,6	26.176.917,0
Summe Bruttoausgaben zur Schuldentilgung	<u>29.093.741,6</u>	<u>26.188.917,0</u>
Netto-Kreditaufnahme bei Gebietskörperschaften (insbesondere beim Bund), bei Sondervermögen und Zweckverbänden	-16.000,0	-12.000,0
Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt einschließlich bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit	1.021.876,3	296.148,8
Netto-Kreditaufnahme insgesamt	<u>1.005.876,3</u>	<u>284.148,8</u>

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen hat den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026) – Drucksache 17/8000 – in seiner 48. Sitzung am 29. November 2024 beraten.

Die zu dieser Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge StHG/1 bis StHG/7 sind diesem Bericht beigelegt (*siehe Anlagen*).

Der Berichterstatter führt aus, zur Beratung stehe der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2025/2026, Drucksache 17/8000. Das Staatshaushaltsgesetz gelte als Zeitgesetz nur für die beiden Haushaltsjahre 2025 und 2026. Es diene der Feststellung des Haushaltsvolumens für diese beiden Jahre. Darüber hinaus enthalte es allgemeine und haushaltstechnische Regelungen. Diese Regelungen würden dem Betrags- und dem Stellenteil des Entwurfs vorangestellt.

Der überwiegende Teil der Regelungen des Staatshaushaltsgesetzes 2023/2024 sei für die Jahre 2025/2026 fortgeschrieben worden. Neu aufgenommen worden seien dagegen folgende Regelungen:

§ 3 Absatz 4 lege fest, dass auch rechtsverpflichtende Änderungen für die Amtsbezüge des oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie des oder der Bürgerbeauftragten als planmäßig gälten. Davor sei dies nicht geregelt gewesen.

In § 3 Absatz 15 werde die Ersatzkraftregelung in Fällen der Abordnung der Planstelleninhaberin oder des Planstelleninhabers, beschränkt auf Beamtinnen und Beamte im Eingangsamte, wieder eingeführt. Damit sei der Anwendungsbereich über die Möglichkeiten des § 49 LHO hinaus erweitert, was eine Verbesserung der Bewirtschaftung der Personalstellen bedeute. Dies stelle einen Wunsch vor allem aus den Regierungspräsidien dar, die sehr viele Beamtinnen und Beamte ausbilden, die dann zu anderen Dienststellen wechselten.

Um auf die Bedarfe an Lehrerstellen der Ersatzschulen im Hinblick auf die Abweichung zwischen Schuljahr und Haushaltsjahr besser reagieren zu können, sei in § 3 Absatz 22 eine Ermächtigung zugunsten des Kultusministeriums eingebracht, mit Zustimmung des Finanzausschusses notwendige Leerstellen mit k.w.-Vermerk bis zur Aufstellung des nächsten Haushalts zu schaffen. Somit bleibe mehr Zeit für eine genaue Planung.

Um notwendige Investitionen innerhalb des Landes zu unterstützen, seien in § 5 Absatz 2 Nummern 5, 6 und 7 zugunsten der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg sowie der NECKARPRI GmbH weitere Garantieermächtigungen geschaffen worden. Diese Garantieermächtigungen für die Firmen des Landes sorgten für sehr günstige Finanzierungsbedingungen und ermöglichten zugleich, weiteres privates Kapital zu akquirieren.

In § 6 Absatz 9 werde eine Ermächtigungsgrundlage zum Abschluss der Hochschulfinanzierungsvereinbarung III für die Haushaltsjahre 2026 bis 2030 und die damit verbundene Umsetzung im Haushaltsvollzug geschaffen.

§ 7b verlängere die Ermächtigung zur Schaffung der erforderlichen Titel für Anwendungsfälle von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen im Sinne des § 18 Absatz 6 LHO über die Coronapandemie hinaus. Damit sei Vorsorge für neue Unbilden und Erreger geschaffen worden.

§ 11 erweitere die Förderbereiche im Rahmen des Wettmittelfonds um den Bereich des Naturschutzes sowie um den Bereich des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes.

Des Weiteren würden folgende Regelungen grundlegend angepasst:

§ 3 Absatz 2 enthalte die Neufassung der Ersatzkraftregelung für Beamtinnen und Beamte in Elternzeit. Anstelle der bisherigen pauschalen und im Vorfeld festzulegenden Stellenschätzung werde die Schaffung notwendiger Stellen mit k.w.-Vermerk in den Vollzug und auf die personalverwaltenden Dienststellen verlagert. Zudem werde die Regelung auf Beamtinnen und Beamte im ersten Beförderungsdienstamt ausgeweitet. Damit könne vor Ort bürokratiearm, bedarfsgerecht und flexibel agiert werden. Die Schätzung, wie viele Beamtinnen schwanger würden, könne somit entfallen.

§ 4 Absatz 11 verpflichte zur Tilgung der Coronanotkredite nunmehr in dynamisierten Raten von rund 209 Millionen € für das Haushaltsjahr 2025 und rund 214 Millionen € für das Haushaltsjahr 2026.

§ 5 Absatz 3 regle die Erweiterung der Garantien zugunsten des Schienenpersonennahverkehrs zur Unterstützung des weiteren Ausbaus und der Modernisierung.

Mit der Regelung in § 6 Absatz 2 werde die Grenze für die automatische Übertragbarkeit von Ausgaberechten, die der dezentralen Finanzverantwortung unterliegen, von 35 % auf maximal 30 % abgesenkt. Hier werde der Anregung des Rechnungshofs gefolgt. Allerdings erwarte er selbst dadurch „Dezemberfieber“ in manchen Abteilungen.

§ 6 Absatz 3 lege die Globalsteuerungsreserve auf 15 % der Haushaltsansätze im Rahmen der dezentralen Finanzverantwortung fest. Dies sei notwendig, um auch bei einem möglichen Rückgang der Steuereinnahmen aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Situation die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landeshaushalts sicherzustellen.

§ 6a Absatz 3 regle die Ausweitung der Verstärkung unter Einbeziehung nunmehr aller Titel des Personalausgabenbudgets aufgrund rechtsverpflichtender Änderungen im Bereich der Tarif-, Besoldungs- und Stellenstruktur.

Gemäß § 6a Absatz 7 Nummer 1 dürfe zukünftig im Bereich der flexiblen Stellenbewirtschaftung bei Besetzungen mit mehreren Teilzeitkräften die Summe der Stellenbruchteile die veranschlagten Stellen um bis zu 10 % übersteigen. Die Budgetgrenze sei natürlich einzuhalten. Nummer 3 ermögliche die Beschäftigung zusätzlicher Ersatzkräfte, wenn dringende dienstliche Gründe vorlägen, zukünftig für bis zu 24 Monate anstatt bisher für zwölf Monate. Das steigere die Flexibilität.

Der Vorsitzende schlägt dem Ausschuss vor, wie gewünscht über die verschiedenen Paragraphen einzeln abzustimmen, die Aussprache über die Änderungsanträge aber zu bündeln und vorzuziehen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD nimmt Stellung zum Änderungsantrag StHG/7 der Regierungsfractionen. Er bitte darum, von dem Ritual, dass die Fraktion GRÜNE und die CDU-Fraktion Anträge stellten und seine Fraktion diese kritisiere, es dann aber Mehrheiten für die Anträge gebe, abzuweichen und den Blick auf das zu richten, was durch diesen Antrag passieren solle.

Er könne sich vorstellen, wie sich die Regierungsfractionen zu diesem Antrag geäußert hätten, wenn dieser von seiner Fraktion gekommen wäre. Es gehe hier um die Frage, ob Parlamentarier bereit sein sollten, einen Freibrief zu erteilen, Anteile an einer Genossenschaft unterhalb des vollen Werts zu veräußern, und zwar ohne um die Höhe des Deltas zwischen dem Verkaufspreis und dem realistischen, marktangemessenen Preis zu wissen.

Laut der Presseberichterstattung gehe es um eine Verkaufssumme von 40 Millionen €. Er frage den Minister nach der Höhe der Differenz zwischen diesen 40 Millionen €, falls es sich hierbei um die richtige Zahl handle, und dem vollen Wert, der im Antrag erwähnt sei. Wenn es zu konkreten Ergebnissen der im Antrag

erwähnten Verhandlungen komme, wäre es problemlos möglich, im Finanzausschuss dann vor dem Hintergrund dieser konkreten Ergebnisse darüber abstimmen zu lassen. Es gebe aber keinen Grund, solche Beschlüsse zum jetzigen Zeitpunkt und im Rahmen des Staatshaushaltsplans zu fassen. Da es hier um die Legacy des Ministerpräsidenten gehe, spiele es offensichtlich für die Regierungskoalition keine Rolle, wie viel Geld genau das Land Baden-Württemberg durch diese Veräußerung verliere, während dieser Haushalt ansonsten angeblich sparsam gestaltet sei. Er fordere dazu auf, dieses Ansinnen noch einmal zu überdenken.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP schließt sich den Worten seines Vorredners an und will zusätzlich wissen, ob es konkrete Gutachten mit Zahlen bezüglich der Anteile an der Murgschifferschaft gebe, und wenn ja, wie diese Zahlen aussähen. Außerdem frage er, ob die Regelung, Anteile unter Wert übertragen zu dürfen, nicht auch für den Flächentausch gelten müsse, wenn es schon notwendig sei, dies mit den Anteilen an der Murgschifferschaft zu tun. Denn auch bezüglich des Flächentausches gebe es Diskussionen darüber, dass nicht zum gleichen Wert getauscht werde.

Zum Änderungsantrag StHG/2 merkt er an, seine Fraktion lehne eine Kapitalerhöhung der EnBW nicht ab, da diese sinnvoll und unternehmerisch notwendig sei. Allerdings müsse aus seiner Sicht an dieser Stelle nicht der Staat einspringen. Vielmehr könne sich die EnBW das benötigte Kapital selbst am Kapitalmarkt besorgen, wie es auch andere staatliche Energieunternehmen täten.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE legt dar, es sei auch im öffentlichen Raum deutlich geworden, dass sich die Verhandlungen mit den übrigen Anteilseignern an der Murgschifferschaft nicht einfach gestalteten. Im Antrag stehe deshalb kein konkreter Verkaufspreis, weil der Verkauf der Anteile an der Murgschifferschaft noch nicht erfolgt sei. Er könne jedoch bestätigen, dass das Land im Einvernehmen mit der Murgschifferschaft plane, seine Anteile für ca. 40 Millionen € zu verkaufen. Da der Veräußerungsvertrag aber noch nicht unterzeichnet sei, könne noch kein konkreter Betrag benannt werden. Darüber hinaus lägen unterschiedliche Wertgutachten mit unterschiedlichen Ergebnissen vor.

Wenn ein überragendes Landesinteresse bestehe, habe das Land die Möglichkeit, Anteile unter Wert zu verkaufen. Diese Möglichkeit wollten die Regierungsfaktionen jetzt eröffnen, weil ein zügiger Verlauf des Verfahrens in ihrem Interesse liege. Da der endgültige Verkaufspreis noch nicht feststehe und der Tausch noch nicht abgeschlossen sei, gehe es im besprochenen Antrag nur um die Eröffnung der Option für die handelnden Einrichtungen, aufgrund eines übergeordneten Landesinteresses die Anteile unter Wert zu verkaufen.

Er verstehe die kritischen Rückfragen bezüglich des Verkaufspreises, aber wegen der laufenden Verhandlungen könne der Änderungsantrag keine konkreten Zahlen beinhalten.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion GRÜNE führt aus, die Kapitalerhöhung der EnBW diene dazu, das Eigenkapital zu stärken, damit dieses Unternehmen auf dem Kreditmarkt Geld aufnehmen könne. Weil sich der Stromverbrauch in Deutschland und in Baden-Württemberg verdreifachen werde, müsse die EnBW 40 bis 50 Milliarden € investieren, um ihre Stellung zu erhalten. Um kreditwürdig zu bleiben, brauche die EnBW mehr Eigenkapital. Das Land und die OEW sollten sie dabei stärken. Eine andere Lösung gebe es nicht, wenn die Energieversorgung in der Hand der Bürgerinnen und Bürger bleiben solle. Die dominierende Stellung der EnBW solle erhalten bleiben; dies sei in der heutigen, veränderten Welt aber mit Kosten verbunden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU trägt vor, er könne die Frage des finanzpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion juristisch nicht beantworten. Inhaltlich sei in Sachen Nationalpark und Murgschifferschaft der Koalitionspartner seiner Fraktion mehr involviert. Irgendwann werde zwar der Kaufpreis, falls es zum Kauf komme, bekannt. Den tatsächlichen Wert hingegen werde man nie kennen, da Gutachten tendenziell erwünschte Ergebnisse lieferten und die Anteile, um die es gehe, nicht an der Börse gehandelt oder täglich gekauft werden könnten. Es

stehe jedoch fest, dass die Landesregierung großen Wert auf den Nationalpark Schwarzwald lege; das sei der Grund für den Antrag.

Ein Nachtrag zum Haushalt, wenn der Preis bekannt sei, würde sich schwierig gestalten. Die Schuldenbremse enthalte sinnvollerweise eine Konjunkturkomponente. Sie diene dazu, in Zeiten schlechter Konjunktur Kreditaufnahmen zu ermöglichen. Wenn die Konjunktur sich aber positiv entwickle, müssten diese Kredite getilgt werden. Wenn Ist und Soll verglichen würden, bleibe das Soll bei dem Wert der Schätzung zu Beginn eines Doppelhaushalts. Das Ist hingegen werde an die tatsächlichen Fakten angeglichen. In der Coronakrise habe diese Regel gut funktioniert, weil das Soll stabil geblieben und das Ist infolge der Krise stark gesunken sei. Das habe damals eine zusätzliche Kreditaufnahme von ca. 2 Milliarden € ermöglicht, die nicht machbar gewesen wäre, wenn die Coronakrise nicht zu Beginn eines Doppelhaushalts eingetreten wäre.

Die Problematik von 2024 sei aber ebenso bekannt. Zu Beginn des Doppelhaushalts 2023/2024 habe es eine massive Inflation gegeben. Das Soll sei also ohne Inflationsbereinigung unten geblieben, und da mit nominellen Werten gerechnet werden müsse, sei das Ist darübergesprungen. Derzeit finde also eine sehr hohe nominelle Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts statt. Leider sei die reale Entwicklung aber schlecht. Dabei handle es sich um ein echtes Problem, das dazu führe, dass ein Nachtragshaushalt bei schlechter Konjunktur und dem eben beschriebenen Sprung durch die Inflation zu einer Schuldenabzahlungspflicht führe, die es aber eigentlich laut dem Zweck der Konjunkturkomponente nicht gebe. Deshalb müsste die Formel rein mathematisch betrachtet werden.

Die EnBW gehöre mehrheitlich dem Staat. Sie übernehme beim Netzausbau eine staatliche Aufgabe, die staatlich reglementiert sei. Wenn privates Kapital dazu käme, dann hätten die privaten Anteilseigner keinen Einfluss im Unternehmen, sie müssten aber Eigenkapital zu einem schlechteren Refinanzierungssatz bringen, als es der Staat könne. Deshalb ergebe es wenig Sinn, an dieser Stelle das Eigenkapital von privaten Anteilseignern zu holen.

Wichtig sei, dass mit dem Antrag StHG/2 nur eine Voraussetzung geschaffen und noch kein Handeln beschlossen werde. Beschließen müsse es dann die Mitgliederversammlung der EnBW. In § 5 Absatz 2 Nummern 6 und 7 lege das Land jeweils fest, 3 Milliarden € zur Verfügung zu stellen, obwohl davon ausgegangen werde, dass die OEW, die auch beteiligt seien, 1,5 Milliarden € beisteuern würden. Es würde also ein Vorratsbeschluss gefasst. Er erwarte nicht, dass dieser irgendwann in dieser Höhe in Anspruch genommen werde. Es solle aber gleichfalls nicht die Lage eintreten, dass es einen Kapitalbedarf gebe und die EnBW Anteile abstoßen müsse, ohne dass das Land reagieren könne. Deshalb sei diese Regelung sinnvoll.

Der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP macht klar, eine Eigenkapitalerhöhung könne auch am Kapitalmarkt mit privaten Investoren durchgeführt werden. Das Land halte 46,75 % der EnBW. Wenn sich das Land nicht mit 1,5 Milliarden € an der Kapitalerhöhung beteilige, sinke die prozentuale Beteiligung des Landes an der EnBW nur geringfügig. Dabei bliebe das Land weiter handlungsfähig, nur wäre zusätzlich ein privater Investor dabei. Vielleicht tue ein privater Investor einem großen Unternehmen sogar gut, aber das wäre Gegenstand einer politischen Bewertung. Wenn das Land diese Eigenkapitalerhöhung nicht mitmache, verschlechtere sich seine Position dadurch nicht.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD bringt vor, bezüglich der EnBW stehe seine Fraktion an der Seite des Finanzministers. Das Unternehmen brauche mehr Kapital. Deshalb werde seine Fraktion den Änderungsantrag StHG/2 der Fraktion der FDP/DVP ablehnen.

Zum Thema Nationalpark habe der finanzpolitische Sprecher der Fraktion GRÜNE gesagt, die Verhandlungen seien nicht abgeschlossen und vieles sei noch nicht festgelegt. Aus diesem Grund sollte nach Auffassung der SPD-Fraktion zu diesem Thema derzeit noch nichts beschlossen werden. Der Finanzausschuss könne entscheiden, wenn die Werte vorlägen, wie es auch bei Grundstücksverkäufen regelmäßig gehandhabt werde.

Die Wahrscheinlichkeit eines Nachtragshaushalts in Baden-Württemberg tendiere aufgrund der hohen Rücklagen für Haushaltsrisiken gegen null. Ein möglicher Nachtragshaushalt sei also nicht das Problem. Das Problem sei vielmehr der unbekannte reale Wert der Anteile an der Murgschifferschaft. Die zwei ermittelten, ihm aber noch nicht bekannten Werte aus den Gutachten könnten aber immerhin Anhaltspunkte für die Größe des Deltas bieten. Deshalb bitte er darum, diese Regelung so nicht zu beschließen, sondern erst dann, wenn Ergebnisse vorlägen, im Finanzausschuss gemeinsam zu beraten, ob das Land für ein politisch wichtiges Projekt diesen Preis zahlen solle. Außerdem werde auch der Rechnungshof ein großes Interesse daran haben, zu sehen, wie entschieden werde. Manchmal fühle er sich als Dienstleister, der die Regierungsfractionen vor einem Fehler bewahren möchte.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD führt aus, er könne sich den Ausführungen des Redners der SPD-Fraktion hinsichtlich des Verkaufs der Landesanteile an der Murgschifferschaft anschließen.

Neben dem Land beteiligten sich auch die OEW an der Kapitalerhöhung der EnBW. Diese hätten sich einmal aus kommunalen Entwicklungen heraus gegründet und versuchten jetzt, ihren Einfluss durch die Kapitalbeteiligung nicht zu verlieren.

Seine Fraktion lehne den Änderungsantrag StHG/2 der FDP/DVP-Fraktion ab, da der Einfluss des Landes bezüglich Infrastrukturmaßnahmen zur Sicherung eines fundamentalen Bedürfnisses im Bereich der Energieversorgung nicht aufgegeben und die Entwicklung nicht dem freien Kapitalmarkt allein überlassen werden sollte.

Der Minister für Finanzen trägt vor, zu dem Verkauf der Landesanteile an der Murgschifferschaft hätten beide Regierungsfractionen eine im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vereinbarung getroffen. Häufig werde der Vorgang kritisiert, wenn Vermögen des Landes unterhalb von Marktwerten abgegeben werde. Er erhalte aber auch, u. a. aus der SPD-Fraktion, regelmäßig Briefe, in denen er aufgefordert werde, den Preis beim Verkauf von Landesanteilen zugunsten von Projekten zu senken, bei denen auch die Kommunen mit involviert seien. Die Landesregierung gehe auch immer wieder entsprechend vor, sofern ein substantiell begründetes landespolitisches Interesse bestehe.

Eine Wertermittlung der ca. 55 % Landesanteile an der Murgschifferschaft gestalte sich komplexer als beispielsweise eine Wertermittlung von einer Wohnimmobilie. Deshalb gebe es hier nicht einen Wert, sondern eine Spanne, die laut einem Gutachten zwischen 25 Millionen € und knapp 90 Millionen € liege. Zusätzlich sei aufgrund von Flächenvergleichswerten ein Verkehrswert von 58,57 Millionen € errechnet worden. Der Buchwert der Landesanteile an der Murgschifferschaft lasse sich auf ca. 31 Millionen € schätzen. In der Presse stehe ein noch nicht fixierter Verkaufspreis, der von ihm in etwa bestätigt werden könne. So ließe sich die Differenz zwischen Verkehrswert und Verkaufspreis ermitteln.

Aus ordnungspolitischen oder anderen politischen Gründen habe er Verständnis dafür, einer Landesbeteiligung an einer Kapitalerhöhung der EnBW kritisch gegenüberzustehen. Die EnBW habe aufgrund der Transformation eine Investitionsagenda bis zum Jahr 2030. Unter die Transformation fielen Themen der Energieinfrastruktur wie z. B. der Einsatz von Wasserstoff, die Elektromobilität, der Netzausbau, der Ausbau von PV-, Onshore- und Offshore-Anlagen sowie der Windkraftausbau. Für einen Industriestandort sei es von übergeordnetem landes- und wirtschaftspolitischen Interesse, saubere, sichere und bezahlbare Energie zu generieren. Der Finanzbedarf für die angesprochene Investitionsagenda belaufe sich nach neuen Berechnungen auf ca. 50 Milliarden € und damit 10 Milliarden € höher als in der früheren Planung. Es handele sich dabei nicht um eine exakte Zahl, allerdings um eine realistische Größenordnung, die die finanziellen Herausforderungen der EnBW aufzeige.

Die Stärkung des Eigenkapitals der EnBW sei ein Hebel, um Fremdkapital zu mobilisieren. Ohne eine Stärkung des Eigenkapitals würden die Grenzen der Inves-

tionen, der Schulden tragfähigkeit und der Attraktivität bei Investoren schneller erreicht.

Es stelle sich also die Grundfrage, ob in dieses Unternehmen von staatlicher Seite aus investiert werden solle oder externe Investoren hinzugeholt werden sollten. In dieser Hinsicht widerspreche er den Aussagen des Abgeordneten der FDP/DVP-Fraktion, die Landesanteile würden bei einem Einstieg privater Investoren kaum verwässert werden. Wenn neue, private Investoren Anteile erwürben, ginge die Beteiligungsquote des Landes zurück. In der Folge würde das Land Aufsichtsratsplätze verlieren und damit Einfluss auf das Unternehmen abgeben. Zudem hätte das Land auch keinen Einfluss auf die Herkunft der Investoren. Dies wäre ein marktübliches Verfahren, aus dem sich das Land heraushalten müsste. Da das Energieunternehmen eine zentrale Rolle für die Energieinfrastruktur des Landes spiele, müsse allerdings die Frage gestellt werden, ob dieses Vorgehen im Interesse des Landes sei.

Auf die Dauer refinanzieren sich die Beteiligungen des Landes durch die Dividenden der EnBW selbst. Das Vorgehen der Landesregierung könne so gut begründet werden und passe in die Zeit. Am Ende würden die Hauptversammlung und die weiteren Gremien der EnBW über die Ausgestaltung der Kapitalerhöhung entscheiden. Mit dem geplanten Vorgehen werde die Grundlage geschaffen, die Handlungsfähigkeit des Unternehmens zu gewährleisten.

Auch für den Verkauf der Landesanteile an der Murgschifferschaft solle eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Einen Nachtragshaushalt solle es hierfür nicht geben, da zu diesem Thema bereits jetzt finanzpolitisch Vorsorge getragen werden könne. Zudem weise die im Raum stehende Verkaufssumme eine Größenordnung auf, die in einem Doppelhaushalt problemlos darstellbar sei. Mit dem Verzicht auf einen Nachtragshaushalt könnten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium entlastet werden. Finanzpolitik bedeute, vorausschauend zu handeln, um den Aufwand gering zu halten.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD nimmt Bezug auf den Vorredner und bekräftigt, er kenne den Unterschied zwischen der Wertermittlung einer Wohnimmobilie und der Wertermittlung der Landesanteile der Murgschifferschaft. Ihm gehe es vor allem um die Frage, ob es tatsächlich sinnvoll sei, die Landesanteile für 40 Millionen € zu veräußern, wenn diese doch laut Gutachten einen Wert von 58 Millionen € besäßen. Dies zu beurteilen, sei Aufgabe des Finanzausschusses. Dieses Gremium könne auch ohne Nachtragshaushalt zu jeder Zeit über solche Verkaufsabwicklungen entscheiden. Das sei auch bei den vom Finanzminister angesprochenen kommunalen Projekten passiert, bei denen er sich allerdings nicht erinnern könne, dem Finanzminister Briefe geschrieben zu haben, in denen gefordert werde, Landesanteile günstiger zu verkaufen. Für ihn stelle sich die Frage, warum dieses beschriebene Vorgehen nicht auf den Verkauf der Landesanteile an der Murgschifferschaft angewendet werde. So könne auf den heutigen Beschluss verzichtet werden.

Er wundere sich über die Aussage des Ministers, die Verkaufssumme der Landesanteile an der Murgschifferschaft sei im Doppelhaushalt problemlos darstellbar. Die Differenz zwischen geschätztem Verkehrswert und Verkaufspreis liege hier immerhin theoretisch bei 18 Millionen €. Anträge seiner Fraktion mit Volumina von lediglich 400 000 € seien mit der Begründung abgelehnt worden, der Haushalt sei „auf Kante genäht“.

Der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP merkt an, es gebe zwischen seiner Fraktion und der Regierung keinen Dissens darüber, dass die Transformation umgesetzt werden müsse. Es lasse sich allerdings darüber streiten, ob diese bei der EnBW über die Mitfinanzierung durch private Unternehmen oder durch den Staat gelöst werden könne.

An einer Kapitalerhöhung der EnBW von 3 Milliarden € würde sich das Land Baden-Württemberg voraussichtlich mit 1,5 Milliarden € beteiligen. Er bitte um Auskunft, wie hoch der prozentuale Rückgang des Landesanteils an der EnBW

bei einem Verzicht auf eine Beteiligung des Landes an der Kapitalerhöhung wäre, der zu einem entsprechenden Verwässerungseffekt führen würde.

Der Minister für Finanzen entgegnet, dies könne er nicht beziffern, da es davon abhängt, wie viel Kapital am Markt insgesamt platziert werde und zu welchem Kurs.

Auf Nachfrage seines Vorredners erläutert er, für die Berechnung müsse bekannt sein, wie viele Aktien zu welchem Preis platziert würden. Je nachdem, wie viele Anteile das Land Baden-Württemberg übernehme, verändere sich der Beteiligungsanteil des Landes an dem Unternehmen.

Bei einer Kapitalerhöhung in der angesprochenen Größenordnung gestalte es sich nicht einfach, einen einzelnen Investor zu finden. Grundsätzlich könne es aber unterschiedliche Meinungen darüber geben, ob sich private Investoren oder aber der Staat stärker beteiligen sollten.

Der Abgeordnete der Fraktion GRÜNE erklärt, der Kurs einer Aktie der EnBW liege aktuell bei etwas über 60 €. So müssten bei einer Kapitalerhöhung am freien Markt von 3 Milliarden € 50 Millionen Aktien ausgegeben werden, was den Kurs drücken würde. Wenn der Aktienwert nur noch bei 50 € läge, hätte dies negative Auswirkungen auf die Bonität der OEW. In dem Fall eines Einstiegs eines privaten Investors sollte lediglich ein institutioneller Investor einsteigen, der auch diese Summe von 3 Milliarden € aufbringen könne. Dieser Vorgang erweise sich jedoch als diffizil. Deshalb sei es gut, wenn die Kapitalerhöhung weiterhin bei staatlichen Investoren platziert werde.

Der Minister für Finanzen erwidert auf eine vorherige Anmerkung des Abgeordneten der SPD-Fraktion, er gebe ihm recht, dass es in einer angespannten Haushaltslage schwer zu erklären sei, die Landesanteile an der Murgschifferschaft unter Marktwert zu verkaufen. Dieser Vorgang sei allerdings nicht haushaltsrelevant in dem Sinne, dass es zu Mittelabflüssen komme, und sei im Zusammenhang mit dem Tausch von Waldgrundstücken zu betrachten.

## § 1

### Feststellung des Staatshaushaltsplans

Der Vorsitzende weist darauf hin, in § 1 und in der Anlage zum Staatshaushaltsgesetz müssten infolge der gefassten Beschlüsse die Beträge des in Einnahme und Ausgabe festgestellten Haushaltsvolumens geändert werden.

§ 1 StHG laute dann wie folgt:

*Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg wird in Einnahme und Ausgabe festgelegt:*

*1. für das Haushaltsjahr 2025 auf 66 500 032 000 €,*

*2. für das Haushaltsjahr 2026 auf 68 912 721 300 €.*

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wird § 1 mehrheitlich zugestimmt.

## § 2

### (weggefallen)

Der Änderungsantrag StHG/1 wird mehrheitlich abgelehnt.

§ 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

**§ 3****Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen**

Dem Änderungsantrag StHG/3 wird einstimmig zugestimmt

§ 3 mit den beschlossenen Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

**§ 4****Kreditaufnahme**

Dem Änderungsantrag StHG/4 wird mehrheitlich zugestimmt.

Dem Änderungsantrag StHG/5 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 4 mit den beschlossenen Änderungen wird mehrheitlich zugestimmt.

**§ 5****Gewährleistungen**

Der Änderungsantrag StHG/2 wird mehrheitlich abgelehnt.

§ 5 wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Vorsitzende schlägt vor, über die §§ 5a bis 7b gemeinsam abzustimmen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD beantragt getrennte Abstimmung über die soeben genannten Paragraphen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

§ 5a wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 6 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 6a wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 7 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 7a (weggefallen) wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 7b wird mehrheitlich zugestimmt.

**§ 8****Vermögensgegenstände und Grundstücke**

Dem Änderungsantrag StHG/6 wird einstimmig zugestimmt.

Dem Änderungsantrag StHG/7 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 8 mit den beschlossenen Änderungen wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 9 wird einstimmig zugestimmt.

§ 10 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 11 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 12 wird einstimmig zugestimmt.

§ 13 wird einstimmig zugestimmt.

§ 14 wird mehrheitlich zugestimmt.

10.12.2024

Norbert Knopf

**Landtag von Baden-Württemberg**  
17. Wahlperiode**StHG/1****Änderungsantrag**  
der Fraktion der AfD**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
– Drucksache 17/8000**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2 Stelleneinsparverpflichtungen

Für die Ministerien der Landesverwaltung wird ein Stelleneinsparprogramm festgelegt. Dabei sind von den im Staatshaushaltsplan bei den Ministerien in den Stellenplänen und Stellenübersichten ausgewiesenen Planstellen und anderen Stellen durch die Landesregierung in den Jahren 2025 und 2026 jeweils mindestens 450 Stellen netto einzusparen. Die Entscheidung darüber, wie diese Gesamtzahl auf die Ministerien verteilt wird, steht im Ermessen der Landesregierung.“

23.11.2024

Baron, Sänze, Dr. Hellstern, Bamberger und Fraktion

**Begründung**

Während des Zeitraums von 2014 bis 2023 ist der Beamten- und Angestelltenapparat in der Landesverwaltung überproportional angewachsen. Wurden im Jahr 2014 für die sog. Kernverwaltung noch Personalausgaben von € 15,63 Mrd. aufgewendet, waren es für das Haushaltsjahr 2023 bereits € 20,46 Mrd. Dies bedeutet einen Anstieg von € 4,83 Mrd. und eine Quote von +30,9 %.

Nach den Haushaltsplanungen der Landesregierung werden die Personalausgaben im Jahr 2025 mit € 23,98 Mrd. und im Jahr 2026 mit € 24,82 Mrd. veranschlagt. Die Strukturen der Landesverwaltung haben damit eine Größenordnung erreicht, die mit den Anforderungen an eine effektiv handelnde Exekutive nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Die beantragte Gesetzesänderung soll die Landesregierung daher verpflichten, hier eine Trendwende einzuleiten.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode**

**StHG/2**

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der FDP/DVP**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000**

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für**  
**die Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 5 Absatz 2 Nummer 6 und 7 wird aufgehoben.

25.11.2024

Dr. Rülke, Brauer, Bonath, Fischer und Fraktion

**Begründung**

Die Landesregierung sichert im Staatshaushaltsgesetz die von ihr geplante Kapitalerhöhung der EnBW ab. Tatsächlich kann die öffentliche Hand die Transformation nicht alleine mit öffentlichen Mitteln stemmen. Es muss privates Kapital am Kapitalmarkt gewonnen werden, was die EnBW auch kann. Daher muss das Land hier nicht einspringen.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode**

**StHG/3**

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der CDU**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000**

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die**  
**Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 3 Absatz 7 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Nummer 1 Satz 1, 3 und 4 gilt entsprechend für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren hinsichtlich der Zulage gemäß § 59 LBesGBW.“

26.11.2024

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion  
Hagel, Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer und Fraktion

**Begründung**

Im Rahmen des Fünften Hochschulrechtsänderungsgesetzes (5. HRÄG) wurde die Personal-kategorie der Dozentinnen und Dozenten (Juniordozentinnen und Juniordozenten sowie Hoch-schuldozentinnen und Hochschuldozenten) gestrichen. Als Folgeänderung muss nun das Staats-haushaltsgesetz angepasst werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode**

**StHG/4**

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der CDU**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000**

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die**  
**Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 4 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 1 021 876 300 Euro und im Haushaltjahr 2026 bis zur Höhe von 296 148 800 Euro Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen.“

26.11.2024

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion  
Hagel, Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer und Fraktion

**Begründung**

Auf Grundlage der Haushaltsdaten des Regierungsentwurfs des StHG 2025/2026 sowie der Herbstprojektion der Bundesregierung vom 9. Oktober 2024 ergibt sich folgende zulässige Kreditaufnahme bzw. Tilgungsverpflichtung aus den Regelungen zur Schuldenbremse (§ 18 Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg – [LHO]):

Berechnung vom 9. Oktober 2024

in Mio. EUR	2025	2026
1. Finanztransaktionskomponente nach § 18 Abs. 3 LHO (Differenz aus 1a und 1b)	25,72	20,04
1a. Finanzielle Transaktionen: Einnahmen	41,73	32,05
1b. Finanzielle Transaktionen: Ausgaben	16,01	12,01
2. Konjunkturkomponente nach § 18 Abs. 4 LHO (Produkt aus 2a bis 2c)	-1.256,55	-530,65
2a. Nominale gesamtstaatliche Produktionslücke	-73.862,11	-31.192,29
2b. Budgetsemielastizität Ländergesamtheit (ohne Einheit)	0,1341	0,1341
2c. Steueranteil Baden-Württemberg (ohne Einheit), Vorjahr des Aufstellungsjahres	0,1269	0,1269
3. Extrahaushaltskomponente nach § 18 Abs. 5 LHO	-	-
4. Ausnahmekomponente nach § 18 Abs. 6 Satz 1 LHO	-	-
5. Tilgungskomponente nach § 18 Abs. 6 Satz 6 LHO	208,95	214,46
6. Kontrollkontoausgleichskomponente nach § 18 Abs. 7 LHO	-	-
Zulässige Kreditaufnahme (+) bzw. Tilgungsverpflichtung (-) nach § 18 LHO (Nettoneuverschuldung von 0 abzgl. der Komponenten 1 bis 6)	1.021,88	296,15

Bei der Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme wird zur Ermittlung der Konjunkturkomponente die jeweils aktuelle Wirtschaftsprognose der Bundesregierung zugrunde gelegt, auf die sich auch die Steuerschätzung des jeweiligen Haushaltsentwurfs bezieht. Durch die Wirtschaftsprognose der Bundesregierung vom 9. Oktober 2024 hat sich die Produktionslücke des ersten Jahres des Doppelhaushalts im Vergleich zur Frühjahrsprojektion vom 24. April 2024 deutlich verschlechtert.

Für das Haushaltsjahr 2025 errechnet sich eine negative Konjunkturkomponente in Höhe von 1 256 550 400 Euro. Unter Berücksichtigung der Finanztransaktionskomponente in Höhe von 25 719 400 Euro und der dynamischen Tilgungskomponente nach § 18 Absatz 6 Satz 6 LHO in Höhe von 208 954 700 Euro ergibt sich im Saldo eine zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 1 021 876 300 Euro.

Für das Haushaltsjahr 2026 ergibt sich eine negative Konjunkturkomponente in Höhe von 530 646 700 Euro. Unter Berücksichtigung der Finanztransaktionskomponente in Höhe von 20 040 600 Euro sowie der Tilgungskomponente nach § 18 Absatz 6 Satz 6 LHO in Höhe von 214 457 300 Euro ergibt sich im Saldo eine zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 296 148 800 Euro.

Auf den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und CDU zum Einzelplan 12 Kapitel 1206 Titel 325 86 wird verwiesen.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode****StHG/5****Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000****Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die**  
**Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 4 Absatz 8 wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. den Mehrkosten für den menschen- und umweltgerechten viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn,“

2. Satz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. den Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur und“

3. Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. den durch die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) entstehenden Mehrkosten für das Land bei GVFG-Vorhaben der SPNV-Infrastruktur,“

4. Satz 1 zweiter Halbsatz wird wie folgt gefasst:

„soweit diese Ausgaben nicht aus den für das jeweilige Projekt bei Kap. 1303 Titelgruppen 78 und 99, Titel 891 86B, 891 86C, 891 86D, 883 93B, 891 93B und 892 93B etatisierten Haushaltsmitteln abgedeckt sind.“

5. Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die laufenden Zuführungen zugunsten des Sondervermögens sind bei Kapitel 1212 Titel 919 03 und Kapitel 1303 Titel 919 78 veranschlagt.“

6. Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Zur Sicherung und Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs kann eine Entnahme aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 zugunsten der Titelgruppe 92 bei Kapitel 1303 erfolgen.“

26.11.2024

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion  
Hagel, Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer und Fraktion

#### Begründung

Ziffer 1:

Aufgrund der Anfügung einer neuen Nummer 4 muss das Wort „und“ am Ende der Nummer 2 durch ein Komma ersetzt werden.

Ziffer 2:

Es befinden sich zahlreiche Großprojekte des schienengebundenen SPNV in Baden-Württemberg im Planungsprozess, wie zum Beispiel die Brenzbahn oder Bodenseegürtelbahn mit einem Volumen von jeweils rund 500 000 000 bis 650 000 000 Euro. Zur Absicherung und Beschleunigung dieser im Landesinteresse von kommunaler Seite vorangetriebenen Planungsprozesse für diese später als Bundes-GVFG-Projekte zu realisierenden Vorhaben ist eine finanzielle Beteiligung des Landes im Planungsprozess vorzunehmen und so in Teilen auch vertraglich vereinbart.

Diese Vorgehensweise der Planungsbeschleunigung bei diesen Projekten mit Ausbau- und Elektrifizierungsbestandteilen ist auch bei anderen Schienenprojekten wie insbesondere der Regio-S-Bahn Donau-Iller, dem weiteren Ausbau der Breisgau S-Bahn (inklusive dem grenzüberschreitenden Projekt Freiburg-Colmar) oder dem mehrgleisigen Ausbau Mannheim Hbf-Mannheim-Friedrichsfeld-Süd durch eine Entnahme aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 vorzufinanzieren. Hierfür werden im Prognosezeitraum 2025 bis 2030 im Durchschnitt voraussichtlich jährlich 25 000 000 Euro aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 zur Verfügung gestellt werden.

Ziffer 3:

Die neu eingefügte Vorschrift soll die Finanzierung des durch die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die Kommunen bei GVFG-Vorhaben im SPNV entstehenden Mehrbedarfs aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 ermöglichen. Anders als andere Länder fördert Baden-Württemberg auch Deutsche Bahn-Vorhaben nur, wenn kommunale Gebietskörperschaften (Landkreise, Zweckverbände, Gemeinden) sich an der Finanzierung der Gesamtkosten beteiligen. Alle verbleibenden nicht von Bund oder Land finanzierten Projektkosten sind von kommunaler Seite zu tragen. Mit der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen sollen die kommunalen Antragsteller entlastet werden und die Umsetzung von Großprojekten im Landesinteresse sichergestellt werden. Hierfür werden jährlich maximal 35 000 000 Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung gestellt.

Ziffer 4:

Für die Umsetzung der Regelungen aus der neuen Nummer 4 werden innerhalb von Kapitel 1303 Titelgruppe 93 neue Titel geschaffen.

Ziffer 5:

Kapitel 1303 Titel 919 78 stellt eine laufende Zuführung an das Sondervermögen dar. Die Aufnahme dient der gesetzlichen Klarstellung.

Ziffer 6:

Die bisherige Regelung des § 4 Absatz 8 Satz 4 für nicht benötigte Mittel ist inzwischen überholt. Es wird beim Sondervermögen zukünftig keine „nicht benötigten“ Mittel geben.

Die Neuregelung ist notwendig, da sich aufgrund der Kostensteigerungen der letzten Jahre ein Finanzierungsdefizit bei etwaigen Maßnahmen des öffentlichen Verkehrs ergibt. Zur Aufrechterhaltung und Stärkung eines auskömmlichen öffentlichen Personennahverkehrs und Schienenpersonennahverkehrs werden zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen Baden-Württemberg 21 bei Kapitel 1303 Titelgruppe 92 benötigt.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode****StHG/6****Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000****Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die**  
**Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 8 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter, die während des Nationalsozialismus der seinerzeitigen Eigentümerin oder dem seinerzeitigen Eigentümer NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden, an die oder den Berechtigten unentgeltlich überträgt. Dies umfasst auch die Rückgaben aufgrund von Empfehlungen der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich. Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird ferner eine unentgeltliche Übertragung an die oder den Berechtigten oder eine gemeinsame Verwertung unter Teilung des Erlöses zugelassen, wenn das auf der Grundlage des Verwaltungsabkommens zur Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsgerichtsbarkeit für Rückgabestreitigkeiten über NS-Raubgut eingerichtete und urteilende Schiedsgericht einen entsprechenden Schiedsspruch erlässt.“

26.11.2024

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion  
Hagel, Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer und Fraktion**Begründung**

Absatz 7 schafft die haushaltsrechtliche Grundlage dafür, dass NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter, die im Eigentum des Landes stehen, an die Berechtigten unentgeltlich herausgegeben werden können. Als NS-verfolgungsbedingt entzogen gelten hierbei auch Kulturgüter, die ohne physischen Zwang aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus veräußert werden mussten. Die Entscheidung über die Rückgabe soll im Regelfall durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst getroffen werden. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich. Hierdurch wird sichergestellt, dass mögliche Rückgaben landesweit nach einheitlichen Maßstäben und nur aufgrund vorheriger Sachprüfung des

Seite 1 von 2

jeweiligen Einzelfalls, die zu dokumentieren ist, erfolgen. Dies gilt auch dann, wenn die Rückgaben im Streitfall aufgrund von Empfehlungen der derzeit für Verfahren im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz, eingesetzten Beratenden Kommission erfolgen sollen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Kulturministerkonferenz der Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben sich in den Kulturpolitischen Spitzengesprächen vom 13. März 2024 und 9. Oktober 2024 darauf verständigt, die Beratende Kommission durch eine gemeinsame institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit für Rückgabestreitigkeiten über NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut zu ersetzen. Das Schiedsgericht kann zukünftig einseitig angerufen werden und rechtlich verbindliche Entscheidungen über Rückgabestreitigkeiten auf der Grundlage des im Verwaltungsabkommen zur Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsgerichtsbarkeit für Rückgabestreitigkeiten über NS-Raubgut vereinbarten Schiedsverfahrens und Bewertungsrahmens treffen. Der Abschluss des Verwaltungsabkommens durch die Länder und den Bund soll baldmöglichst erfolgen. Die Schiedsgerichtsbarkeit soll im Jahr 2025 eingerichtet werden. Satz 4 schafft die haushaltsrechtliche Grundlage für eine unentgeltliche Rückgabe oder einen gemeinsamen Verkauf unter Teilung des Erlöses in Ausführung eines entsprechenden Schiedsspruchs des Schiedsgerichts.

**Landtag von Baden-Württemberg**  
**17. Wahlperiode****StHG/7****Änderungsantrag**  
**der Fraktion GRÜNE und**  
**der Fraktion der CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**– Drucksache 17/8000****Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die**  
**Haushaltsjahre 2025/2026 (Staatshaushaltsgesetz 2025/2026 – StHG 2025/2026)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 8 wird folgender Absatz 11 angefügt:

„(11) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Land die im Landeseigentum gehaltenen Anteile an der Murgschifferschaft – Waldgenossenschaft altdeutschen Rechts zu einem Kaufpreis auch unterhalb des vollen Wertes an die verbleibenden Anteilseigner der Murgschifferschaft übertragen kann, um die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald zu ermöglichen.“

26.11.2024

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Erikli, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion  
Hagel, Dr. Schütte, Hockenberger, Mack, Mayr, Dr. Reinhart, Schweizer und Fraktion**Begründung**

Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) ist eine Veräußerung unterhalb des vollen Werts nur durch Ausnahme im Haushaltsplan zulässig, welche mit dieser Vorschrift geschaffen werden soll. Die Landesregierung plant, den Nationalpark Schwarzwald zu erweitern und die bislang isolierten Teilflächen zu verbinden. Dafür sollen Flächen westlich der Murg, die im Eigentum der Murgschifferschaft (MSS) stehen, verwendet werden. Das Land benötigt Wälder, die im Eigentum der MSS stehen, um die bisher voneinander getrennten Teilgebiete des Nationalparks Schwarzwald miteinander zu verbinden. Die MSS soll im Gegenzug von ForstBW andere wertgleiche Waldflächen im Rahmen eines Flächentauschs erhalten. Die MSS ist zu einem solchen Flächentausch grundsätzlich bereit. Angesichts der bestehenden Interessenslagen wird damit gerechnet, dass der volle Wert voraussichtlich nicht erzielt werden kann. Das Land soll im Zuge des Flächentauschs als Genossenschafter aus der MSS ausscheiden. Über den Kaufpreis für die Genossenschaftsanteile des Landes in Höhe von 54,883 Prozent befindet sich die Landesregierung derzeit noch in Verhandlung mit der MSS. Auf Grund des erheblichen Landesinteresses am Erwerb der Waldflächen, die einzig zur Erweiterung

Seite 1 von 2

des Nationalparks Schwarzwald mit dem vorgesehenen Lückenschluss der bislang isoliert liegenden Teilflächen in Betracht kommen, ist eine Gesamtlösung erforderlich, die auch einen Verkauf der Landesanteile an der MSS durch das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit Zustimmung des Ministeriums für Finanzen unterhalb des vollen Wertes an die verbleibenden Anteilseigner der MSS beinhalten kann.